

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Dr. Döllner u. Vertretung: Drag II, Reichsanst. 15 • Tel. 20705, 31490, Nachb. (ab 21 Uhr): 33555 • Döllnerstr. 57/546

13. Jahrgang.

Freitag, 24. März 1933

Nr. 71.

Die „nationale Revolution“ irrt ihre Kinder!

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschäftigung verhaftet.

Berlin, 23. März. Kurz nach Beendigung der Reichstagsführung wurde auf Anordnung des Reichskommissars für das preussische Innenministerium Göring durch die Polizei der Arbeitskommissar Dr. Gerete wegen des dringenden Verdachtes der Untreue und Unterschlagung festgenommen. Gerete wird nach Abschluß der polizeilichen Erhebungen dem ordentlichen Richter vorgeführt werden.

Severing und Leber verhaftet.

Sammelager für zunächst 1500 Gefangene.

Berlin, 23. März. Die das Conil-Büro meldet, wurde der ehemalige preussische Minister des Innern Karl Severing heute Nachmittag vor dem Gebäude der Krolloper, als er sich zur Reichstagsführung begeben wollte, festgenommen und in das preussische Ministerium des Innern gebracht. Ebenfalls festgenommen worden ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber aus Lübeck, der bekanntlich schon vor einiger Zeit verhaftet war.

Von der Kriminalpolizei wurden in Augsburg in der vergangenen Nacht 22 Personen in Schutzhaft genommen. Unter ihnen befinden sich der Führer der sozialdemokratischen Spätrückkehrer, Gewerkschaftssekretär Karl Bernthal, der Direktor des ersten Kaufhauses der Stadt Gebrüder Sandauer, Giff, ferner die Rechtsanwälte Dr. Reimart und Dr. Dreißig sowie der Sekretär des Augsburger Stadttheaters Kora.

Die Polizei hat heute vormittags den seit längerer Zeit geflüchten Emdener Kommunistenführer und Bürgerwehrführer Gustav Wendt in seiner Wohnung überrascht und festgenommen. Heute mittags werden zehn Kommunistenführer und Funktionäre, unter ihnen die Bürgerwehrführer Van de Gries und Wendt, mit einem Sammeltransport nach Berlin gebracht werden. Sie sollen in einem Konzentrationslager Aufnahme finden.

Der Professor der Chemie an der Technischen Hochschule in Braunschweig Dr. Lünig wurde, wie die Blätter melden, in der Nacht zum Mittwoch durch Stahlhelm-Hilfspolizei in Untersuchungshaft abgeführt. Wie verlautet, war bei Aushebung einer Geheimdruckerlei wichtiges Adressenmaterial gefunden worden, das Prof. Lünig, der Mitglied der Friedensgesellschaft ist, erheblich befehle.

Von zehntausender Seite wird mitgeteilt: In den letzten Tagen wurde auf dem Truppenübungsplatz Heuberg in Stuttgart ein geschlossenes Konzentrationslager für politische Schutzhaftlinge errichtet und in Benutzung genommen. Das Lager vermag zunächst etwa 1500 Gefangene aufzunehmen und bietet die Möglichkeit, aus dem ganzen Lande alle Rube und Ordnung gefährdenden Elemente laufend bis auf Weiteres zu entfernen, sicherzustellen und damit die örtlichen Polizeibehörden zu entlasten. Die Beaufsichtigung des Lagers wird durch ein starkes Aufgebot von Hilfspolizei unter Schutzpolizeileitung durchgeführt. Die Gefangenen sind gemeinschaftlich untergebracht und dürfen zu geeigneten Arbeiten herangezogen werden.

Immer mit dem Stärkeren! Die Kirche versteht sich anzupassen.

Berlin, 22. März. Anlässlich der Beerdigung eines in Preußen verstorbenen SA-Mannes hatte der dortige Prälat Weising erhalten, sich des Grabgeleites zu enthalten, da geschlossenen Parteiformationen kein Zutritt zur Kirche gemährt werden sollte. Der Oberbürgermeister von Preußen wandte sich telegraphisch an den Bischof von Posen um Intervention beim Fürstbischof in Breslau. Dieser sofort erfolgten Intervention des Bischofs ist es zu verdanken, daß die Beerdigung mit allen kirchlichen Ehren stattfand.

Goering war schon einmal im Irrenhaus!

Der Reichsinnenminister — ein gefährlicher Morphinist.

Der schwedische Korrespondenzdienst des „Daily Herald“, des Hauptorgans der Arbeiterpartei, meldet aus Stockholm, daß Kapitän Goering, der berühmte Nazi-Führer und Inhaber der höchsten Gewalt in Preußen, für einige Zeit in einem schwedischen Irrenhaus als ein gefährlicher Morphinist eingesperrt war. Der schwedische Korrespondent hatte Gelegenheit, die Photographie einer Katasterkarte aus den Akten eines schwedischen Spitals zu sehen, aus der hervorging, daß Kapitän Wilhelm Goering über Befehl der schwedischen Polizei in einem Ambulanzwagen in ein Spital gebracht wurde, wo er in der Zeit vom 1. September bis 19. November 1925 verblieb. Bevor er in das Hospital in Langbro gebracht wurde, wurde er in einem Privatspital in Stockholm behandelt. Dort erzählte die Oberärztin des Spitals, daß er so gefährlich und schreckend war, daß man ihn nicht dort behalten konnte und gezwungen gewesen ist, ihn in ein Irrenhaus zu bringen. Goering wurde während des Krieges Morphinist. Er kam im Jahre 1925 nach Schweden als Flüchtling, als er bereits aktiver Nationalsozialist war. Aus gut informierter Quelle erfuhr der Korrespondent des „Daily Herald“, daß Goering, als er im Spital in Langbro war, eine Eisenkugel ergriff und damit einem Pfleger einen zurhiebaren Hieb versetzte. Eine andere Feststellung, die der Korrespondent auf ihre Richtigkeit noch nicht überprüfen konnte, besagt, daß Goering zuerst in ein privates Spital gebracht wurde, weil er nämlich in einer Stockholmer Straße aus einer Pistole zu schießen begann. Es wird auch berichtet, daß Goering Rezepte fälschte, um in den Besitz von Morphinium zu gelangen und dann in einem Stockholmer Spital im Jahre 1927 neuerlich als Morphinist behandelt wurde. Der Korrespondent des „Daily Herald“ erinnert daran, daß eine der jüngsten Handlungen Goerings darin bestand, daß er an die Polizei einen Befehl herabschickte, rücksichtslos auf die Feinde des Staates zu schießen und daß er erklärte, daß er den Kommunismus ausrotten und keine sozialistischen Gewerkschaften dulden werde.

Der Führer der SPD. spricht im Reichstag.

Hitlers Regierungserklärung und die Antwort des Genossen Wels

Bekennnis zu Menschlichkeit, Freiheit und Sozialismus.

Berlin, 23. März. (Eigenbericht.) Der Reichstag nahm heute die Regierungserklärung Hitlers entgegen. Saal und Tribünen der Krolloper waren dicht besetzt.

Göring eröffnete mit einer kurzen Ansprache, dann wurde die Aenderung der Geschäftsordnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, der Antrag auf Haftentlassung der sozialdemokratischen Parlamentarier abgelehnt.

Hilfer.

der in brauner Uniform erschienen war, nahm dann das Wort zur Eröffnung der

Regierungserklärung.

Die Rede Hitlers, die die Regierungserklärung enthält, unterschied sich in nichts von den aufgeschwollenen Darlegungen, die seit der Machtübernahme der Braunen tagtäglich im deutschen Rundfunk zu hören sind.

Hilfer kam zunächst auf die Revolution von 1918 zu sprechen, die er beschimpfte. Die Regierungsgewalt sei von den Weimar-Parteien rücksichtslos ausgenutzt worden, die Entwicklung Deutschlands habe unter ihnen konstant noch untergefallen.

Eine treffliche Charakterisierung der nationalsozialistischen Bewegung enthält die Stelle der Regierungserklärung, in der das hochschweifliche Gespenst an die Wand gemalt wird. Hilfer sagte nämlich, die Proklamierung der permanenten Revolution sei nur ein Appell an die niedrigsten Instanzen gewesen und habe zu einer Verbindung zwischen einer politischen Idee und den Sondnungen wirklicher Verbotsverhältnisse geführt. Strohenraub, Blutsdunn, Brandstiftung, Eisenbahnraub, Attentate — das sei die Tatkraft der Kommunisten gewesen. Da, wie der Berliner Volksmund trefflich zum Ausdruck bringt, die SA-Lente ja kamt und sondern „holländische Kommunisten“ sind, D. Red., Hilfer werde, um in beweisen, daß der Brandstifter im Reichstag wirklich ein Kommunist sei, dessen öffentliche Hinrichtung erwünscht sei. Die Reichsreform habe erzwungen werden müssen. Die Gleichheit vor dem Gesetz werde nur dem zugebilligt, der der Regierung seine Unterstützung nicht verweigert. Die Enttarnung des öffentlichen Lebens werde durch eine moralische Sanierung von Theater, Film, Rundfunk und Presse durchzuführen werden. Die Kunst habe die Aufgabe, Ausdruck des aufkommenden Sozialismus zu sein. Blut und Rache seien jetzt beherrschend

im Vordergrund. Mit der politischen und moralischen Enttarnung werde zugleich ein Bedürfnis des religiösen Lebens gedeckt. Die Reichsregierung werde nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder Rasse ein Freibrief für Intoleranzen darstelle. Die Regierung werde die wirtschaftlichen Interessen nicht über den Unweg einer staatlichen Wirtschaftsbürokratie, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und der Anerkennung des Privateigentums betreiben. Die Regierung werde Währungsversuche vermeiden.

Der deutsche Bauer müsse gerettet, die Arbeitslosenfrage wieder in den Produktionsprozess einbezogen und auch der Mittelstand geschützt werden.

Dann beschäftigt sich die Regierungserklärung mit der Sozialpolitik, der Erport- und Verkehrspolitik. Deutschland wolle auf dem Gebiete der Wehrhaftigkeit gleiche Lebensrechte. Damit die Völker untereinander wieder Vertrauen gewinnen, müsse eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Innern sowie die Beseitigung der Reparationen und unmöglichen Schulden- und Finanzverpflichtungen erreicht werden. Man empfände es dankbar, daß die nationale Erhebung Deutschlands von Italien mit verständnisvoller Herlichkeit begrüßt wurde.

Hilfer versprach dann, zu allen Völkern gute Beziehungen herzustellen.

Allen diesen Aufgaben solle das Ermächtigungsgesetz dienen. Die Reichsregierung werde den Reichstag nicht auflösen, sondern ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen unterrichten. Eine weitere Tagung des Reichstages sei aber im heutigen Zustand der allgemeinen nationalen Erhebung nicht möglich. Die Stellung und die Rechte des Reichspräsidenten blieben unberührt. Die Reichsregierung biete den Parteien die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung, sie sei aber ebenfalls entschlossen, die Befolgung der Ablehnung entgegenzunehmen. Der Reichstag habe selbst die Entscheidung über Frieden oder Krieg.

In der Pause der Beratung des Reichstages kam es außerhalb des Abgeordnetensaal vor dem Krollgebäude zu nationalsozialistischen Demonstrationen. Sprechchöre von SA-Männern riefen wiederholt: „Wir fordern das Ermächtigungsgesetz, sonst gibts Hunger!“

(Schluß auf Seite 2)

Netze gegen die Arbeitslosen.

Und ihre Hintergründe!

Wir haben schon wiederholt darüber berichtet, welche Seelenharmonie zwischen Tschechisch- und Deutschbürgerlichen darin besteht, in der Öffentlichkeit eine Misstimmung gegen die Arbeitslosen und gegen das Ministerium für soziale Fürsorge zu erzeugen. Zur dankbaren Anerkennung der bewundernswürdigen und man darf sogar sagen übermenschlichen Geduld, mit der die von der Wirtschaftskrise in das Nichts geschleuderten Menschen ihre bittere Not nun schon seit Jahren ertragen, fehlt den Repräsentanten der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse ebenso fast wie Menschlichkeitsgefühl, darum leisten sie unentwegt über die infolge der steigenden Arbeitslosigkeit naturgemäß vermehrten Staatsausgaben, deflamieren mit gespielter Entrüstung von der angeblich fehlenden Kontrolle der Arbeitslosenfürsorge und entlocken sich nicht, das Fürsorgeministerium sogar der „künstlichen Erzeugung“ von Arbeitslosen zu bezichtigen.

Andererseits malen sie das Los der Arbeitslosen in den rosigsten Farben, stellen sie als eine Art Krebsgeschwür hin, das am Körper der Gesellschaft wuchert oder stempeln die Abgeordnete Dr. Kabisl als Leute, die auf Kosten der Allgemeinheit „von den vielen Akten von Unverfügen“ ein prächtiges, beneidenswertes Leben führen, bei dem sie nur eine Angst erfüllt: es könnte einmal nicht „in diesem Tempo“ so weitergehen.

Solche Rohheitsausbrüche sind heute ganz und gäbe, sie charakterisieren nur ihre Urheber selbst, die es selber noch nicht veracht haben und sich auch in Zukunft davor hüten werden, mit einer Unterernährung von wöchentlich 10 bis 20 Kronen, — auf welches Maß der allergrößte Teil der Arbeitslosen angewiesen ist, — ihr eigenes Dasein auch nur einen Monat lang zu fristen. Bedauerlich ist, daß auch der Ministerpräsident Raabeytr in seiner vorgefertigten Rundfunkrede glaubte, diesem Geiste Rechnung tragen zu müssen und davon sprach, es müßte bei der Arbeitslosenfürsorge „bis zum Neckerstein jedweder Mißbrauch unmöglich gemacht werden“.

Der Herr Ministerpräsident hat es auch als dringend notwendig erklärt, durch Beseitigung der Unternehmungslosigkeit sowohl private wie öffentliche Arbeitsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die sozialistischen Parteien sind die ersten, die jedem ernstlichen Streben, erhöhte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, zustimmen würden, denn nur dadurch kann das Arbeitslosenproblem wirksam angefaßt, die Belastung des Staatshaushaltes durch die Arbeitslosenfürsorge gemildert werden. Seit Anbeginn der Krise schreiben wir den Herrschenden in die Ohren und wiederholt hat es auch der Leiter des Fürsorgeministeriums mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gesagt: Nicht Arbeitslosenunterstützung oder Ernährungsaktionen können den fürchterlichen Notstand lindern, sondern nur gezielte Maßnahmen, die geeignet sind, wenigstens größere Teile der Beschäftigungslosen wieder in den Arbeitsprozess einzustellen. Aber hat nicht gerade die Partei des Herrn Ministerpräsidenten durch ihre unfinstige Autarkiepolitik so ziemlich alles getan, die wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei zu anderen Staaten zu unterbinden und damit durch Schädigungen der Industrie zur Steigerung der Arbeitslosigkeit beizutragen? Hat sie und ihre Presse nicht alles unterstützt, was ein Sinken der Kaufkraft des Arbeiters durch Kürzung der Löhne und somit auch eine Einschränkung des Inlandsmarktes zur Folge hatte? Hat sie sich jemals von dem Wahne freigemacht, die Lösung des Problems liege in der Idee der Lohnsenkung?

Erreicht schon dies an dem guten Willen, dem Arbeitslosenproblem mit Maßregeln zur

hebung der Kaufkraft und zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten an den Leib zu rufen, die ernsten Zweifel, so steigern sich diese Zweifel, wenn man sieht, welchen harthändigen und bornierten Widerstand die bürgerlichen Parteien der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber erheben. Gut, Arbeitsbeschaffung! Aber wie soll den Hunderttausenden in dieser Zeit nach den Jahren bitterster Entbehrungen wieder zu einem Stück Brot anders beschaffen werden, als dadurch, daß neben der Schaffung von Notstandsarbeiten die vorhandene Arbeitsmenge durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf einen größeren Kreis von Arbeitslosen aufgeteilt wird? Noch niemand hat einen besseren Weg aus der Krise anzugeben gewagt, als die Arbeitszeitverkürzung. Man befürchtet eine Verteuerung durch die Verabfolgung der Arbeitszeit, aber man weiß doch, daß der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten ein verhältnismäßig sehr geringer ist und daß daher die Verteuerung nur eine geringe sein könnte, ein kleiner Nachteil, der gegenüber den Notstandsvorteilen, die die 40-Stundenwoche mit sich brachte, verschwindend wäre. Schließlich handelt es sich doch darum, das ärgste Elend aufzuhalten und eine kleine Verteuerung wäre nur eine bescheidene Versicherungsgeld gegen das furchtbare Erdbeben, das der Welt bei Fortdauer der Krise droht. Da schreit man über die „wachsende Zahl von Arbeitslosen“, aber mit Klauen und Zähnen wehrt man sich dagegen, daß an den bestehenden Arbeitsnormen gerüttelt werde. Lieber läßt man einen kleinen Kreis von Arbeitern 48 Stunden arbeiten und die Unternehmer erklären sogar — wie es kürzlich der Generalsekretär des Bauverbandes der Industrie, Dr. Rudolf Fernegg, in der „Bohemia“ getan hat — gerade in der Wirtschaftskrise sei die Bewilligung von Überstunden dringender als in normalen Zeiten, als daß man durch Einführung der 40-Stundenwoche die Eingliederung eines Teiles der hungernden Arbeiter in den Produktionsprozeß ermöglichen würde! Das Gejammer über die durch die Massenarbeitslosigkeit verursachten erhöhten Staatsausgaben erscheint da durch die Bezeichnung *Deutscherei* nur ungenügend charakterisiert.

Ebenso ist es mit dem Schlußwort „Kontrolle“. Einer ausreichenden Kontrolle zur Verhütung von Mißständen und Mißbräuchen hat das Ministerium für soziale Fürsorge niemals Widerstand entgegengesetzt, im Gegenteil, sie durch die Antreue der Einführung der Regelung des Arbeitsmarktes, das ist durch die obligatorische Meldung der freien Arbeitsstellen, ausdrücklich gefordert, welche Meldung allein eine genaue Erfassung der Arbeitslosen ermöglichen würde. Kontrolle schreiben sie — aber just die gesetzliche Regelung des Arbeitsmarktes wird von den Unternehmern und von den bürgerlichen Parteien sabotiert und alles getan, damit die vom Fürsorgeminister schon vor Jahren eingebrachten Vorlagen nicht in Verhandlung gezogen werden!

Es ist ein infames Spiel, das da gespielt wird. Aber auch ein sehr durchsichtiges.

Das Geschimpfe und Gejammer über die „Arbeitslosenmilliarden“, das fast tagtäglich misstrauisch aus der bürgerlichen Presse hervorfließt, verfolgt gar keinen anderen Zweck, als die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen abzulenken. Die bürgerlichen Parteien handeln im Geiste des Unternehmertums, das damit die aufreizende Tatsache verzeihen machen möchte, daß es bisher selbst nicht einen einzigen Sollarbeiter zur Arbeitslosenfürsorge beigetragen hat und die Arbeiterhaft (durch die Föhlung der Beiträge für die Versicherung nach dem Genter System) sowie den Staat den ganzen Aufwand tragen ließ und auch für alle Zukunft dies so halten möchte. In England, in Deutschland, in Oesterreich, in Polen, kurz in allen Industriestaaten lei-

sten die Arbeitgeber einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, bei uns geben sie nicht eine Krone her, so daß gesagt werden kann, das was der Staat für Arbeitslosenfürsorge ausgibt sei zur Hälfte ein reines Geschenk für die industriellen und sonstigen Arbeitgeber, denen im Verlaufe der letzten Jahre ohnehin überreiche Geschenke in der Form der Steuerreform, der Stabilisierungsabläufe, der Steuernachlässe und Steueramnestien gemacht wurden.

An diesem Sachverhalt, der das verlogene Vharissäerium der Decker gegen die Arbeitslosenfürsorge aufzeigt, ist nicht zu rütteln. Und es wird dafür gefordert, daß alle Vernebelungsabsichten der Herren, die eine eigene Schuld in eine fremde um-dichten möchten, aufhänden werden.

Der Nazi-Reichstag.

(Schluß von Seite 1)

Präsident Göring eröffnete um 6.15 Uhr die Sitzung wieder und erteilte zur Besprechung der Regierungserklärung zunächst dem

sozialdemokratischen Fraktionsführer Wels

das Wort. Abg. Wels, Sozialdemokrat, stimmte der vom Reichskanzler aufgestellten außenpolitischen Forderungen deutscher Gleichberechtigung im Namen seiner Fraktion durchaus zu. Er erinnerte daran, daß er schon auf der internationalen Berner Konferenz am 3. Februar 1919 die Behauptung von der Schuld des deutschen Volkes am Anschluß des Westens entgegengesetzt sei. Vorbehaltlos sei die Sozialdemokratie auch mit dem Satz aus der Potsdamer Rede des Reichskanzlers einverstanden, in dem er den Abschluß der Theorie von zwei Siegern und Besiegten entwerft. Dieser Satz sollte aber auch auf die innere Politik angewandt werden. Der in der Nationalversammlung von Weimar gegenüber den außenpolitischen Feinden verkündete Satz: „Wir sind wehrlos aber nicht ehrlos“ werde jetzt von den Sozialdemokraten auch den innenpolitischen Gegnern gegenüber wiederholt.

Ein Weltkrieg kann auch im Innern seinen Samen säen. Eine wirkliche Nationalgemeinschaft lasse sich auf ihn nicht erziehen. Man darf bekante Wörter nicht behaupten als seien sie wehrlos, Freiheit und Leben kann man nicht nehmen, die Ehre nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Vorkäuzungen, die die sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird niemand von ihr irgendwelche Verlangen und Forderungen kennen, daß sie für das hier einwirkende Ermächtigungsgesetz stimmt. Niemals ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die Volkstreue in einem solchen Maße ausgeschaltet wie jetzt. Gegenüber vielfachen Übergriffen erwäre ich: Wir haben weder in Paris um Intervention gebittet, noch Millionen nach Paris geschickt, noch übertrieben Nachrichten ins Ausland geschickt. Der Redner meinte sich dann gegen die Nationalsozialisten. Wenn diese Partei sozialistische Taten verrichten wollte, dann brauche sie dazu kein Ermächtigungsgesetz, sondern hätte in diesem Sinne eine erhabende Mehrheit. Dennoch sollte der Reichs-

tag jetzt ausgeschaltet werden, um die nationale Revolution fortzusetzen.

Das Volk warte auf durchdringende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftsend. Wir Sozialdemokraten, so schloß der Redner unter dem Beifall seiner Fraktion, bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Dramardas Müller

antwortete Wels mit einem Schluß, aus dem besonders sinnvoll der Hinweis auf die Sozialdemokratie hätte hervorgehen sollen. „Ich appelliere an die Kraft des deutschen Volkes“ riefen (also einen bewaffneten Widerstand gegen die Sieger entfehlen müssen. D. Red.). Das deutsche Volk sei auch heute noch wehrlos, aber dieser würde es vor Christuszeit bewahren. Auf Wunsch und Befehl des Auslandes sei Deutschland seine Verfassung aufschrottiert worden (so daß man also jetzt weiß, daß Weimar Diktatur gewesen sei. Potsdam aber freier Volkswille ist D. Red.). Die Sozialdemokraten hätten nicht Anspruch auf gleiches Recht, denn die Nationalsozialisten seien bisher voelgerei gewesen (Aufe links: „Severing!“ — Ich hatte man ja gerade wie einen Vorkriegs verhaftet) Kritik ist heilsam, meint Müller; aber wer eine internationale „anbetet“, dürfe ihn nicht kritisieren. Die Sozialdemokraten mögen die Wahrheit in ihren ausländischen Parteiblättern verbreiten (Aufe bei den Sozialdemokraten: „Das ist geschehen!“) Und nach all den Schrämstalten der letzten Wochen brachte es der Reichskanzler während der Sozialdemokraten zu fragen: Wo sind Sie denn verfolgt worden, was ist Ihnen geschehen? Die Nationalsozialisten hätten es nicht nötig gehabt, zu einer Wahl zu streifen oder diesen Reichstag einzuberufen. Und als Müller nun so tat, als sei er von den Sozialdemokraten nur deshalb angegriffen worden, weil er einmal Antreiber gewesen war und die Sozialdemokraten sich gegen diesen Trick zur Wehr setzen, bittet Goering um Ruhe: „Nicht rechnen der Kanzler ab!“ Müller fährt fort, daß er dem deutschen Arbeiter die Wahl frei machen werde: „Sie (nach links) sind nicht mehr bedrängt!“ Er wolle gar nicht, daß die Sozialdemokraten für das Ermächtigungsgesetz

stimmten, denn Deutschland soll ohne sie „frei werden“!

Die Nationalsozialisten, die dem Führer nach fast jedem Satz Beifall gesendet hatten, jubelten ihm am Schluß zu.

Das Zentrum setzt sich über alle Bedenken hinweg!

Im Namen des Zentrums gab Abg. Dr. Laas eine Erklärung ab, die den ganzen Unfall halb bestätigte. Das Zentrum lege sich in dieser Stunde über alle Bedenken hinweg, die in normaler Zeit kaum überwindbar wären, und reiche allen, auch früheren Gegnern, die Hände! Damit soll den nationalen Entwicklungen ein fester Damm entgegengesetzt werden. Das Zentrum unterlege sich bemüht, auf das einzugehen, was ihm an den Ausführungen des Kanzlers nicht passe und gebe dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.

Noch mehr „Würde“ zeigte Abg. Ritter, der Vertreter der Bayer. Volkspartei, die sich nach der „Schmachvollen Revolution von 1918“ zur tatkräftigen Mitarbeit bereit erklärte.

Und den Vogel schloß die Staatspartei ab, deren Sprecher, Dr. Mayer unter Laasens Reichstags die Verbundenheit mit den Auffassungen Hitlers zum Ausdruck brachte!

Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 441 gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Goering wütet gegen die sozialdemokratische Auslandspresse.

In der gestrigen Reichstagsitzung übergab Goering vor der Abstimmung einem Vizepräsidenten den Vorstoß, nur um als Abgeordneter heimmanglos den „Lügenmachrichten“ entgegenzutreten zu können, die durch „unterirdische Kanäle“ in die Auslandspresse eingeleitet wurden. Die Sozialdemokraten könnten nicht die Verantwortung dafür ablehnen, daß in der sozialdemokratischen Presse des Auslandes die verlogenen Grenzschandrichten über Deutschland verbreitet werden, daß täglich Dutzende von Leichen im Landwehrrkanal schwimmen, daß er, Goering, selbst den Reichstag angezündet habe, daß sozialdemokratischen Abgeordneten die Ohren abgeschritten worden seien. Solche Tartarennachrichten werden von einem Geheimdienst ins Ausland gebracht. Wenn sie wirklich beweisen wollten, daß sie mit diesen Lügen nichts zu tun haben, dann werde man ihnen gern die tägliche Herausgabe einer Korrespondenz gestatten, die diese Lügenmeldungen berichtigt. Sie können jetzt, so ruft der Minister den Sozialdemokraten zu, ihre internationale Solidarität beweisen, indem sie ihre ausländische Parteipresse zu einer anderen Schreibweise veranlassen. Solange draußen diese Verleumdungen nicht aufhören, werden Sie, die Sie daran schuld sind, auch dafür büßen müssen (stürmischer Beifall). Die verschiedenen Abgeordneten, die in Schutzhaft genommen worden sind, können dankbar sein, daß sie auf diese Weise vor der Wut des Volkes geschützt wurden. Die Grenzschandrichten über Deutschland sind gemeine Lügen. Friedlicher ist Deutschland niemals gewesen. Erhebender kann es für einen Ausländer niemals gewesen sein, als heute wieder durch Deutschland zu gehen.

KARL UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brunngraber

Das wilde Leben aber, dem eine tiefe Idee innewohnen muß, zwang ihn, seinen Wankelmut zwischen den Realitäten auszuräumen. In einem Abend, an dem in den russischen Städten die Revolution tobte, wurde Karl von seiner Mannbarkeit übertrübt. Er lag mit dem Titelblatt der Dr. Fessler-Erzählung „Die Leiche Nr. 213“ zu Hause auf dem Sofa. Der Diwan war ein unheilbar abgedientes Möbel, aus dem weder alle Anstrengungen des kleinen Weibes, durch alle Pfunden die gesprungenen Stahlfedern barsten. Die Leiche Nr. 213 aber war auf jenem Titelblatt zu lesen, und zwar in der Gestalt eines herrlichen Weibes, das nach auf einem — wie es Karl schien — Marmortisch lag. Nun hatte ja der Zeichner — in der Kerze in den weißen Räucherkerzen so aufgestellt, daß er die Leiche halb verdeckte. Aber Karl hatte mit einer Eingabe, die die Form des Arztes wie mit Bauerformeln aus dem Bild baute, so lange darauf niedersah, bis plötzlich ein unerhörtes inwendiges Jucken seinen Barock anwühlte und seinen ganzen Körper mit einem nie empfundenen Segen übergoß. Die Nacht nach diesem Abend wurde die zerquälteste in Karls bisherigem Leben. Bis in die Morgenstunden ließ ihn die Angst nicht einschlafen, er hätte an seiner Gesundheit einen schweren Schaden genommen. Am nächsten Vormittag aber führte ihn das Leben einen weiteren Schritt ins Gegenständliche herab. Karl sah einen Klassenkameraden eine Propädeutik an sich vollziehen, die ebenso niederschmetternd wie verwunderlich war. Der Effekt, mit dem die sonderbare Übung endete, — die dann bei bestimmten Zusätzen der

Klasse Mode wurde, und die Witze einiger Erjahrterer erlöschten, was an Aufklärung nottun zu wenigen Minuten. Für Karl aber folgten daraus Monate des Jagefeuers. Er konnte es nicht vermeiden, an der Verwendung seiner Welt, wie er es verstand, mit Schuldig zu werden, aber er ermaß auch erst daran, wie sehr ihn ihre Reinheit beschwängte.

Die Herrlichkeit wurde noch gesteigert durch eine Broschüre zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten, die Karl nun gleichfalls in die Hände fiel. Diese Broschüre arbeitete mit zwei erlaubbaren Gedanken. Mit dem unüberwindlichen, daß Selbstbefleckung die Lues noch sich löge (folgenden Tafeln mit sehr künstlichen Darstellungen des dritten Stadiums) und dem ganz gescheiterten, daß mit der Geschlechtskrankheit eine geistliche dämonische Kraft im Menschen erstünde, durch deren Verschleuderung er sich der größten Chance für das Leben begäbe. Die weite Theorie trat mit einer Gewalt auf Karls Charakter, daß er noch daran festhielt, als kein Respekt vor der ersten längst verlogenen war. Obgleich die Anleitungen des heiligen Lohola Karl keineswegs erreichten hatten, legte er sich einen Raster an, in dem er jeden eingehaltenden Tag mit einem roten Dominoange, jeden rückfälligen mit einem schwarzen verbrachte. Es wäre einleuchtender gewesen, die Fester der entfallenden Tage glattwegs weiß zu lassen, allein es bedeutete einen triumphalen Genuss die großen roten Punkte hinzuzumalen. In diesen Tagen (1905) bequamen sich nachdem Rußland im Frieden von Portsmouth Korea, Port Arthur und Taiwan an Japan verloren hatte, vor dem finnischen Björkö in einer Schiffslasche Kaiser Wilhelm und der Zar, um ein Bündnis zu schließen, das den Rohheiten in Petersburg und Paris nur ein Räckeln obdachte. Der britische Außenminister Sir Edward Grey aber antwortete dem französischen Vorkanzler in London Herrn Cambou auf die Frage: ob England bereit sei, Frankreich

Waffenhilfe zu leisten, falls es auf der bevorstehenden (Marokko-)Konferenz in Algerias zum Bruch zwischen Paris und Berlin käme, daß die öffentliche Meinung in England bestimmt dafür wäre. Die beiderseitigen Militär- und Marinekräfte gingen daran, Pläne für gemeinsame Aktionen auszuarbeiten. Der deutsche Vorkanzler in Rom, Graf Romis, notierte sich indes: daß das Bündnis mit Italien unstruchtbar sei, da auf einen Bestand im Kriegsfall nicht zu rechnen wäre. Er ergründete damit nur abermals, was bereits zehn Jahre vorher der Graf Wolfenstein gegenüber dem Vorkanzler Eulenburg festgestellt hatte: ein Bündnis mit Italien sei nur in Friedenszeiten möglich. Jedenfalls standen auf der Konferenz in Algerias, die im Jänner 1906 stattfand, Frankreich, England, Rußland und Italien bereits geschlossen gegen Deutschland. Eine Konstellation, die den britischen Generalkonstab noch im gleichen Monat veranlaßte sich mit dem belgischen über die gemeinsame Abwehr eines deutschen Angriffes zu verständigen (Conventions anglo-belges). Deutschland gab den Bau seines ersten Tauchbootes in Auftrag, während in Alderhot zum erstenmal der Kettenkriegenwagen (Tank) zur Vorführung gelangte, dessen Prinzip allerdings bereits auf eine Idee von 1770 zurückging.

Wenn in Karls Zeittentaster die roten Tage überwogen, dann war dies noch kein Zeichen seines eisernen Willens. Er besah nur aus dem Erbe beider Eltern, aus dem Autoritätsfoulen des Vaters und aus der Rechtschaffenheit der Mutter, einen Sinn für das Korrekte, der ihn ungeachtet seines starken Gefühlsliebens zu einem Adhären der Ordnung machte. Die Dinge der Erwachsenen traten früh in Karls Bewußtsein, doch hatte er in seinem optimistischen Temperament das Vermögen, diese Dinge freundlich zu sehen. Ja, sein Vertrauen in die Zukunft war so träumerisch sicher, daß er das erwachsene Leben herbeiwünschte, weil er die allgemeine Besserung

von ihm erwartete, vor allem für seine Mutter. So dachte Karl mit seinen zwölfjährig Jahren, da er unter dem blauen Haar noch ein großäugiges Knabengesicht hatte, bereits an Frau und Hausstand, an Beruf und Weiterkommen. Diese Einstellung wurde noch mehr als durch seine etwas spielerische Veranlagung durch den Lebenskampf bestimmt, in dem er bereits stand. Es war ja niederdrückend, um wieviele zu wenig er mit dem Koffertrogen verdiente.

Die großen Häuser, die den Reichen nahmen, um den Armen zu geben, hatten seinen Blick für die sozialen Unterschiede geöffnet. Wenn er hinter einem noblen Mädchen mit dem Gepäd der Eltern noch dem Bahnhof trotzte, dann war das Mädchen nicht nur ein überirdisches Wesen, sondern auch eine junge Dame, der es sichlich besser ging als ihm. Das mochte Karl, der die Welt in der Perspektive des Geschichtsunterrichtes sah, nicht rebellisch. Schon deshalb nicht, weil er sich in seiner eigenen Haut restlos wohl fühlte. Aber es regte ihn an, sich allen Ernstes um den Weg zu bekümmern, der ihn hinaufführen sollte. Bis vor kurzem hatte er noch Kapitän oder Forschungsreisender werden wollen, oder zumindest ein Polizeioffizier, der mit einer silbernen Patronentasche auf dem Rücken durch die Straßen reitete. Nun verblähten diese Hoffartigkeiten, um den tatsächlichen Möglichkeiten Platz zu machen. Da war es vor allem die Malerei, die Karl neuerdings reizte. Die Bürgerchule mit ihrem breiten Zeichenunterricht gab ihm Gelegenheit, sich auf neue seines Talents zu versichern und damit zu glänzen. Er war der einzige in der Klasse, der die Dante-Gipsmaske zeichnen und die ausgestopften Papageien malen durfte. Aber die Mutter redete ihm die Pausbahn aus. Schon die Ausbildung dauerte zu lang und dann wäre alles dabei ungewiß. Am nachhaltigsten traf Karl unter diesen Einwänden der von der zu langen Ausbildung.

(Fortsetzung folgt.)

Mieterschutzverhandlungen bisher resultatlos.

Parlament am nächsten Montag verlagt.

Prag, 23. März. Die Erwartung, daß das neue Wohnungsprovisorium, das gestern von den politischen Ministern bereits prinzipiell vereinbart worden war, schon heute programmgemäß dem Parlament vorgelegt werden wird, hat sich nicht erfüllt. In den Beratungen am Vormittag, in denen der inzwischen ausgearbeitete Text endgültig sanktioniert werden sollte, ergaben sich neue Schwierigkeiten seitens einzelner bürgerlicher Parteien. Die Parlamentsführung, in der nun schon zum dritten oder viertenmal das Kopfenabkommen mit Deutschland auf der Tagesordnung figurierter, wurde deshalb nach einem Redner zu Mittag auf drei Stunden und dann nach dem Schlußwort der Referenten neuerlich auf weitere drei Stunden bis sechs Uhr abends unterbrochen, da man immer noch mit der Mög-

lichkeit rechnete, daß in den fast ununterbrochenen Koalitionsverhandlungen doch noch eine Einigung über den Mieterschutz erzielt werden wird. In diesem Falle hätte die Vorlage heute noch aufgelegt und noch diese Woche verabschiedet werden können.

Das erwies sich jedoch am Abend schließlich als undurchführbar. Deshalb wurde die Parlamentsführung nach der Abstimmung über das Kopfenabkommen geschlossen und die nächste Sitzung erst auf Montag halb 3 Uhr nachmittags anberaumt, so daß also für die weiteren Verhandlungen innerhalb der Koalition, bzw. der Regierung ein Zeitraum von vier Tagen geschaffen ist. Durch diese neue Verzögerung hat die politische Lage natürlich eine wesentliche Verschärfung erfahren.

Eine unerhörte klerikale Verleumdung.

Nicht zuletzt geht diese Zuspitzung der Situation auf einen ganz ungeheuerlichen Vorstoß der Herrschaften „Lidová Listy“ zurück, die in ihrer heutigen Ausgabe in einer aufgeregten Notiz, die über drei Zeitungsspalten ging,

die Sozialisten beschuldigen, daß sie sich den Mieterschutz nur durch Hunderte von Millionen für die Sanierung ihrer Genossenschaften und Gemeinden abkaufen lassen wollten!

Diese „unerhörte“ Forderung hätte bei den nicht-sozialistischen Parteien Empörung hervorgerufen und werde von ihnen als „unerschämte Provokation“, ja als Erpressung aufgefaßt. Die bürgerlichen Parteien hätten daraufhin erklärt, daß sie lieber überhaupt auf eine Einigung verzichten und der Mieterschutz soweit in ein paar Tagen überhaupt fallen werde; in dieser Situation sei man auseinandergewandert.

Diese Meldung ist so ziemlich die größte Lüge, die in den letzten Jahren im politischen Kampf angewendet wurde. Sie hat bei den sozialistischen Parteien größte Erbitterung ausgelöst und die Sozialisten erklären heute sofort in der Koalition, daß sie überhaupt nicht früher verhandeln könnten, bevor diese Affäre nicht beigelegt sei.

Die Sache verhält sich in Wirklichkeit so, daß die Sozialdemokraten, wie wir ja bereits gestern meldeten, das Verlangen stellten, für die staatliche Baugarantie nach dem letzten Bauförderungsgezet einen weiteren Betrag von 200 bis 400 Millionen zu bewilligen, da die bisherige Garantiesumme bereits erschöpft ist. Das bedeutet aber keinen Heller neuer Ausgaben, denn der Staat übernimmt ja lediglich bis zu dieser Höhe die Garantie für die Verzinsung und Amortisierung von Hypotheken in zweiter Rangordnung auf zu erbauende Häuser. Die Garantie wird natürlich erst nach sorgfältiger Prüfung der Gesuche bewilligt. Eine Vorausgabe in der Höhe von fünf bis zehn Millionen wurde lediglich zur Subventionierung von Kleinstwohnhäusern zu fördern und damit die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu mildern, in hervorragendem Maß erfüllt und sich vollkommen bewährt.

Sowohl die Baugarantie als auch die Subvention für Gemeinde-Kleinstwohnungen waren ja bereits auf Grund der letzten Bauförderungsgezet in Kraft; sie haben auch ihren Zweck, den Bau von Wohnhäusern zu fördern und damit die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu mildern, in hervorragendem Maß erfüllt und sich vollkommen bewährt.

Es ist daher ganz selbstverständlich, daß die sozialistischen Parteien gerade heute, wo die bürgerlichen in ihrer Kampagne gegen die Arbeitslosenunterstützung auf die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten angeblich so großes Gewicht legen, die Forderung stellten, daß die staatliche Bauförderung durch die Bewilligung neuer Kreditgarantien wieder in Gang gebracht werde. Im Fürsorgeministerium liegen viele Gesuche um Zuerkennung der Baugarantie, die nicht erledigt werden können, weil die bewilligte Garantiesumme (bisher insgesamt etwa 3 Milliarden) erschöpft ist. Durch Bewilligung einer weiteren Garantie von einigen Hundert Millionen könnte mit einem Schlage der Bau Hundert von Häusern mit Klein- und Kleinstwohnungen in Gang gebracht werden!

Daß die „Lid. Listy“ aus diesen ganz allgemein bekannten Dingen eine „Sanierung der Genossenschaften“ und einen Erpressungsversuch schlimmster Art konstruieren wollten, ist doch tatsächlich eine Ungeheuerlichkeit, wie sie ihresgleichen sucht!

Im Laufe der Koalitionsverhandlungen mußte sich die Volkspartei schließlich auch zu einer Entschuldigung und zu einem Widerruf bequemen, den die morgigen „Lid. Listy“ bringen werden.

Eine Ohrfeige für den Herrn Pater Roudnický

Außerdem veröffentlichte die Vertreter der sozialistischen Koalitionsparteien im Wohnungsausschuß, die Genossen Hadenbera und Biávoce und der tschechische Nationalsozialist Langr, eine scharfe Erklärung, in der festgehalten wird, daß kein Sozialist bei der Verhandlung des Mieterschutzes verlangt hat, den Baugenossenschaften irgendwelche besonderen Vorteile zuzuwenden außer jenen, die auch jedem anderen Bauherrn im Gesetz gewährleistet sind. Im Gegenteil: sie haben den Fürsorgeminister ausdrücklich ersucht, Ansuchen von Genossenschaften um Zuerkennung der Gemeinnützigkeit, die mit gewissen Vorteilen verbunden ist, mit der größten Vorsicht zu prüfen, damit die Vorteile des Bauförderungsgezetes nicht von gewissen spekulativen Gesellschaften mißbraucht werden!

Für wen der Prager deutsche Gesandte fünfmal interveniert hat!

Der Bericht der „Lid. Listy“ stammt offenbar von dem Abg. Roudnický, dem Vertreter der Volkspartei im Wohnungsausschuß. Er wird in der Erklärung ausdrücklich als

„bewußt unrichtig“ bezeichnet, denn der geistliche Herr mußte doch in die Materie so weit eingeweiht sein, daß ihm ein derart schmerzender Irrtum absolut nicht unterlaufen dürfte.

Was sagt man zu solcher Schreibweise? Der „Tag“ ließ sich für seine Donnerstag-Nummer von seinem Berliner Mitarbeiter einen Leitartikel schreiben, der alle früheren hemmungslos ordinären Exzesse dieses Blattes in den Schatten stellt. Ueber die Phantastien dieses Korrespondenten können wir zur Tagesordnung übergehen; er redet den „Tag“-Lesern ein, daß „täglich Dutzende von Ortsgruppen der SPD. und KPD. zu den nationalen Parteien übertraten“.

„es wird nie mehr eine marxistische Partei in Deutschland geben... es gibt keine KPD. oder SPD. mehr...“ Wahrscheinlich ist dieser Berichterstatter noch befallen von den Eindrücken des 21. März in Berlin. Aber deswegen ist doch der „Tag“ haßbar, wenn darin über die sozialdemokratischen Führer Deutschlands zu lesen ist, daß sie die Arbeiter

„um alles bekohlen haben und dann, als sie ihre Taschen voll hatten, sich auf ihre ausländischen Rezipianten zurückzogen?“

Wir sind neugierig, ob der Prager deutsche Gesandte wegen dieser Schreibweise, die sich doch auch gegen ehemalige Minister des Deutschen Reiches richtet, bei der Prager Regierung intervenieren wird!

In demselben Artikel wird neuerdings die gemeine Lüge aufgetischt, daß zehn sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Paris intervenierten. Frankreich möge das Ruhrgebiet besetzen! Wird Seine Excellenz Herr Koch dagegen Einspruch erheben, daß Mitglieder des Reichstags keines Landes so verkleumdet werden?

Der Artikel spricht von den „marxistischen Leichenfeldern im Ausland“, von der „roten Lügenmühle“, von den „marxistischen Lügenfabriken in Paris und Prag“, die „infam“ und „niedertüchtig“ „im Solde fremder Völker, nämlich der Großaktionäre der Pariser Bonoristik“ kämpfen. Gefällt Herrn Koch diese Schreibweise? Oder wird er bei Herrn Venes einschreiten, damit dieser dem „Tag“ nahelege, doch wenigstens die ängstlichen Gemeinheiten zu vermeiden, mit denen er dem Vaterlande des Herrn Koch schadet?

Am übrigen beschäftigt sich der Artikel weiter mit unehren Deutschenlandberichten und mit denen in anderen judenrussischen Wätern und droht sogar auch der „Bohemia“ mit Rekruten, wenn sie die „starken Erfindungen“ über St. Morde und so weiter nicht einstellt — das arme Volk, jetzt hat es wochenlang vor Kitzler mit dem Schweif getwedelt und bekommt solchen faschistischen Dank!

100 Prozent aller Meldungen über St. Morde, Verschleppungen, Mißhandlungen u. a. sind glatte Erfindungen.

Also schreibt der „Tag“, Hundert Prozent! Also gegen Null Prozent richten sich die Mahnrufe Hitlers, der die Barden zurücksperrigen verurteilt? Wenn alles erlogen ist und in Deutschland keinem Marxisten ein Haar gekrümmt wird — warum ruft dann der Reichskanzler die Brownhunden zur Ordnung? Unsere Meldungen sind wahrhaftig: das Schreckliche darf geschehen, aber gemeldet werden darf es nicht. Widrigenfalls Herr Koch in die Interventionskutsche steigt!

In unsere Adresse aber schreibt der Berichterstatter des „Tag“ aus Berlin, „daß keiner der in Schanzhaft befindlichen Marxisten und keines der im Reich verbotenen Blätter ihre Freiheit wiederbekommen, so lange diese Hege anhält.“

Diese Hege? Damit meint er die Wahrheit über Hitler-Deutschland! Also solange wir nicht Ordre parieren, sollen tausende Sozialisten in Haft bleiben und kein sozialdemokratisches Blatt im Reich erscheinen! Und wenn wir nun feststellen, daß die Hitler-Regierung sich damit eine empörende Frei-

Die Erklärung stellt weiter fest, daß die Vorteile des Bauförderungsgezetes in ungehörigstem Ausmaß gerade auch von Herrschaften Baugenossenschaften in Anspruch genommen werden, also von einer Bevorzugung der sozialistischen Baugenossenschaften nicht die Rede sein kann.

Zum Schluß heißt es wörtlich:

„Die tendenziös und unmahr die erwähnte Nachricht der „Lid. Listy“ ist, geht daraus hervor, daß der Antrag des Fürsorgeministeriums bloß eine Garantie und Unterstützung für den Bau von Kleinstwohnungen enthielt, das ist von Wohnungen von 20 bis 40 Quadratmetern Flächeninhalt, und zwar für solche Bauten, die von Bezirken und Gemeinden (also nicht von Genossenschaften!) unternommen werden. Hunderte von Gesuchen, die bei den zuständigen Landesbehörden und beim Fürsorgeministerium liegen, werden deshalb nicht erledigt, weil die gesetzliche finanzielle Bewilligung fehlt. Durch Erledigung dieser Ansuchen wird der Bau von einigen hundert Klein- und Kleinstwohnhäusern freigegeben und dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen, ein Umstand, der den allgemeinen öffentlichen Interessen Rechnung trägt und ein rascheres Tempo in der Lösung der Wohnungsfragen ermöglicht. Deshalb geht es hier um kein „Lösegeld“ für die Sozialisten und auch nicht um eine „Sanierung“ der sozialistischen Genossenschaften in der Höhe von Hunderten von Millionen, sondern um die Ermöglichung der praktischen und ethischen Durchführung des Bauförderungsgezetes!“

Vorläufig keine Bergarbeiter-Entlassungen in Ostrau.

Mähr.-Ostrau, 23. März. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes intervenierten heute beim Vorstand des Revierbergamtes in Mähr.-Ostrau, Reg.-Rat Dr. Pfeiffer mit Rücksicht auf die in einigen Zeitungen veröffentlichten alarmierenden Meldungen, daß anfangs April Massenentlassungen von Bergarbeitern erfolgen würden. Sie forderten insbesondere die Einberufung einer gemeinsamen Beratung von Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter zwecks Behandlung dieser Angelegenheit. Reg.-Rat Doktor Pfeiffer erklärte, diese Verhandlungen werden stattfinden, doch kann ihr Datum noch nicht festgesetzt werden, da man abwarten muß, wie die Frage der Herabsetzung der Kohlepreise geregelt wird. Je nachdem, wie sich diese Angelegenheit gestalten wird, wird man beurteilen können, ob und bis zu welchem Maße die Grubenunternehmungen die überzähligen Bergleute werden weiter beschäftigen können.“ Daraus ist ersichtlich, daß anfangs April Massenentlassungen von Bergarbeitern im Revier nicht erfolgen werden.

Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 23. März. Eigenbericht. Heute fand die Frühjahrsagung der mährisch-schlesischen Landesvertretung mit der Debatte über die Vorlagen betreffend den Wasserwirtschaftsfonds und die restlichen Vorlagen, die fast ausschließlich Regulierungs- oder Grundstücksauschangsangelegenheiten betreffen, ihren Abschluß. Der Großteil wurde ohne Debatte erledigt, erst bei einer Vorlage, die ein Gutachten der Landesvertretung über die Reorganisation des Gelezes über den Fonds für Errichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern und andere Heilanstalten, den sogenannten Sanitätsfonds, wurde die Debatte reger. Für unsere Partei nahm Genosse Dr. Morgenster in das Wort, der u. a. ausführte:

Es ist gut, daß der Fonds nur für Investitionen dienen soll, aber es sind auch Unterhaltungen der Anstalten bei Betriebsabgängen dringend notwendig. Bei längerer Zeit wurde uns eine Bitte der geplanten Erweiterungsbauten versprochen, man ist aber bisher dem Versprechen nicht nachgekommen. Hier liegt die Schwierigkeit beim Finanzministerium, in dem noch jetzt derselbe Geist herrscht, wie seinerzeit bei der Vernichtung der Autonomie. Die Ansprüche der Bezirke und Gemeinden sind nicht rechtlich verbürgt, die Verpflegungskosten werden wohl die Betriebskosten, aber nicht die Annuitäten, auch die Investitionsumlage wird sie nicht decken können. Notwendig ist daher eine Änderung der Statuten und eine Abänderung des Bauaufwandes von den Gemeinden. Es ist nicht korrekt, daß die Sanitätsumlage in den Landesanstalten zur Deckung der Betriebskosten verwendet wird. Die Angaben, daß die Unterhaltungen für die Deckung der Annuitäten verwendet werden, kommt auch nicht. Genosse Morgenster brachte hierauf noch einige praktische Änderungsvorschläge zur Sprache und forderte schließlich, daß die Resolutionen direkt vom Landesauschuß an das Ministerium weiterzuleiten sind und nicht erst in der nächsten Tagung vorgelegt werden.

Nach einigen Ergänzungswahlen wurde dann die Abstimmung über die Vorlagen und Resolutionen und Abänderungsanträge vorgenommen, wobei die Vorlagen angenommen, die Berichte des Landespräsidenten zur Kenntnis genommen und die Anträge zum Teil dem Landesauschuß, zum Teil der Landespräsidenten zugewiesen wurden. Um 1 Uhr mittags schloß hierauf Landespräsident Böhm die Tagung.

Das größte Heer der Welt.

Um die Rüstungen Deutschlands. In den deutsch-katholischen Kreisen des Gebietes Eupen-Malmédy (Belgien) beschäftigt man sich mit den Bemühungen Deutschlands in Genf, Zugeständnisse in der Frage der Aufrüstung zu erhalten, und mit der tatsächlichen Aufrüstung Deutschlands, die durch alle Genfer Beschlüsse bewiesen wird. „Die Sieger des Dritten Reichs müssen eine Niederlage nach der anderen einstecken und mit gekrümmtem Rücken davonschleichen“ — so charakterisiert das Eupener katholische „Grenz-Echo“ die außenpolitischen Erfolge der Naziregierung.

Bevor Herr MacDonald seinen — noch lange nicht gelungenen — Versuch unternahm, die Abrüstungskonferenz durch Aufrüstungs-Zugeständnisse an Deutschland wieder flottzumachen, sogte der Hauptauschuß der Genfer Abrüstungskonferenz einen Beschluß, der besagt, daß zu den Effektivstärken der Militärbestände auch die Polizeikräfte und die militärisch ausgearbeiteten Formationen zu rechnen sind. — Die Presse des Dritten Reichs bagatelisiert diese Tatsache, um den Mißerfolg in Genf nicht eingestehen zu müssen. Sie hat allen Grund dazu, denn nach den Genfer Beschlüssen verfügt — wir halten uns an die Aufstellung des „Grenz-Echo“ — Deutschland tatsächlich über das größte Heer der Welt:

Reichswehrsoldaten	100.000
Schupos	150.000
SA-Soldaten	600.000
Stahlhelm (knapp gerechnet)	300.000

Das sind zusammen 1.150.000 Mann, also beträchtlich mehr als Frankreich (700.000 Mann einschließlich der Kolonialtruppen) unter Waffen hat.

beitsberatung und eine beispiellose Pressenobelung zuschulden kommen läßt, und wenn wir weiter feststellen, daß einem solchen Regime und den führenden Männern unser ganzer Haß gilt und daß wir alles daransetzen werden, um die judenrussische Arbeiterchaft mit Erbitterung und Empörung gegen diesen Völkerrassismus und gegen dieses Deutschland von heute zu erfüllen — dann wird Herr Koch ein sechstes Mal intervenieren und uns einen freundlichen Ton vorsprechen wollen. Sollen wir uns ein Beispiel an dem Ton des „Tag“ nehmen, der sich in diesem Artikel über Karl Marx also vernehmen läßt:

„Die Unglückslehre eines sybillitischen Juden, die so viel Elend über die Welt brachte, ist tot.“

Paßt Ihnen dieser Ton, Excellenz?

Große antifaschistische Kundgebung in Reichenberg.

Für Mittwoch, den 22. ds., hatte unsere Partei und die Kreisgewerkschaftskommission in Reichenberg die Arbeiterchaft zu einer Versammlung aufgerufen, die zu den Ereignissen in Deutschland Stellung nehmen sollte. Die Versammlung gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie in Reichenberg seit langem nicht stattgefunden hat. Gegen 700 Arbeiter und Arbeiterinnen füllten dichtgedrängt den Schützenausaal und die Nebenräume. Das Referat erstattete, oft von Rennerungen leidenschaftlicher Empörung über die Schandthaten der Hakenkreuzler unterbrochen, Genosse Ernst Paul aus Prag. Seine Ausführungen, in denen er die faschistische Diktatur in Deutschland in scharfen Worten brandmarkte, und zur geschlossenen Abwehr aufrief, fanden die stürmische Zustimmung der Versammelten. Nach kurzer Debatte wurde eine vom Vorsitzenden Genossen Drbohlav vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. Störungsversuche, die von einem Trupp nationalsozialistischer Gewerbeschüler unternommen wurden, fanden die gebührende Zurückweisung.

„Der Kampf um die judenrussische Autonomie“. Im Prager Hakenkreuzorgan „Bohemia“ vom 23. März ist unter diesem Titel ein Artikel des Staatsrechtslehrers der Prager Deutschen Universität Prof. Dr. Fröh Sander erschienen, in welchem dieser eine Broschüre bespricht, welche der nationalsozialistische Abgeordnete Krebs über die Autonomie der Deutschen in den Subeienländern geschrieben hat. Schon seit geraumer Zeit bemerken wir, daß Herr Prof. Dr. Sander unter dem Eindruck der faschistischen Welle in Deutschland einen Ruf nach rechts vollzogen hat und ein auffallend großes Verständnis für die Hakenkreuzler öffentlich zur Schau trägt. Das Wohlwollen des Herrn Professors für die Nationalsozialisten — das um so auffälliger ist, als Prof. Sander seiner Abstammung nach niemals zum Heer des Hakenkreuzes assentiert werden kann — kommt auch in der zustimmenden Haltung zu der Broschüre des Abg. Krebs zum Ausdruck. Wie partiell der Herr Professor ist, geht daraus hervor, daß er nicht einmal etwas erwähnt, was er doch wissen sollte, daß nämlich die erste deutsche Partei, welche die Autonomie zu ihrer Programmforderung gemacht hat, die Sozialdemokratie gewesen ist, welche 1899 auf dem Brünner Parteitag ein nationales Programm beschlossen hat, das einen Autonomieentwurf enthält. Wenn der Herr Professor das weiß, hätte er, der stets den Anschein wissenschaftlicher Objektivität erwecken will, davon Erwähnung zu sollen. Weik er es jedoch nicht, so wäre das für einen Professor des Staatsrechtes sehr bedauernd um so bedauernder, als er zum Referenten über das Autonomieproblem auf dem heutigen deutschen Juristentag auserkoren ist.

250 Menschen in Oststaden verhaftet!

Die Verfolgungen dauern an - Ueberfüllte Gefängnisse - Burg Hohenstein als Korrekationsanstalt.

Ein Kommunist „auf der Flucht“ erschossen!

Aus der Oberlausitz erhalten wir folgenden Bericht:

Nachdem in der Serie der Verhaftungen eine kurze Pause eingelegt worden war, ist auf Befehl der politischen Leitung der Halenkreuzer des Bezirks Oberlausitz in vielen Arbeiterkreisen eine neue systematische Razzia auf alle „marxistischen Elemente“ durchgeführt worden. Mit den widerrechtlich angelegenen Pfeiserwagen der Oberlausitzer Volkzeitung, unseres Parteiorgans in Löbau, wurden die schwerbewaffneten SA-Leute nach den Grenzübergängen gebracht und dann systematisch die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Innerhalb dreier Tage sind, soweit festgestellt werden konnte, in den Orten, die an der Staatsstraße Zittau-Bischofswerda liegen, rund 150 Personen aus den Wohnungen geholt und verhaftet worden. Nach Berichten der Ortsinspektoren und der Polizei sind jedoch 250 Einwohner, alles Angehörige der sozialistischen Parteien unter ihnen auch einige Frauen, weggeführt worden. Die „Razzia“ erstreckte sich auf die Orte Taubenheim, Penzance-Brennberg, Friedersdorf, Ebersbach, Eibau-Waldorf, Oberdorf und Niederdorf. Allein in Ebersbach sind 80 Arbeiter verhaftet worden, in Friedersdorf bei Ebersbach, einem Ort mit sozialistischer Mehrheit, wurden neben Arbeitern auch die marxistisch eingestellten Lehrer aufgespürt. In Eibau-Waldorf sind sämtliche Funktionäre der Arbeiterbewegung verhaftet worden. Das gleiche geschah in Eibau, wo man zwei Lehrer mitten aus dem Unterricht herausgeholt und fortführte. Die Kinder der Klassen, in denen die Lehrer bis zu ihrer Verhaftung unterrichtet, verließen mit ihren Lehrern während des Schulhaus. Als sie sich nicht von ihren Lehrern trennen wollten, wurden sie gewaltsam von den SA-Mitgliedern abgedrängt.

In allen Orten herrscht über das gewaltsame Vorgehen, das trotz der Versicherungen, daß Einzelaktionen der SA nicht stattfinden dürfen, durchgeführt wurde, größte Bestürzung und Aufregung. Niemand ist davor gesichert, daß auch zu ihm die braunen Horden aus Löbau kommen und einfach die Verhaftungen vornehmen. Selbst eines Teils des Bürotums bemächtigt sich ob dieses gewaltsamen Vorgehens helle Em-

pörung und Leute, die am 5. März noch Hitler wählten, erklären, daß sie mit solchen Gewalttätigkeiten nichts zu tun haben wollen.

Verschiedenen Genossen ist es gelungen, rechtzeitig zu entkommen, allerdings ist ihr Schicksal, da sie zum Teil ohne alle Vornahme Haus und Wohnung verlassen mußten, ganz ungewiß.

Wie verlautet, beabsichtigen die Halenkreuzer von Oststaden, die ehemals wegen ihrer herrlichen Lage und ihrer vorzüglichsten Orientierung bekannte Ruwendburg Hohenstein in der Sächsischen Schweiz, die bereits vor einigen Tagen von den Nazis beschlagnahmt und besetzt wurde, wieder ihrem früheren Zweck der Korrekationsanstalt zuzuführen und alle gefangenen Marxisten dort zwangsweise unterzubringen, da alle Gefängnisse überfüllt sind.

Doch ob der Terror vermag nicht den Geist zu töten, da die Arbeiterklasse der icht hinführenden Teile beharrt. Wenn sich auch die Halenkreuzer, die unter Aufsicht der Polizei arbeiten, icht unvorsichtiger Gewalttaten über Gewalttaten erlauben können, — womit aber auch nicht ein Hungerndes Brot gegeben wird, — so ist sich in dem einen Willen die ganze Arbeiterklasse einig, daß einmal der Tag der Abrechnung für diese Terrorakte kommen und daß diese Abrechnung ganz gründlich vorgenommen werden wird.

In Ebersbach wurde verurteilten Samstag ein kommunistischer Funktionär bei seiner Verhaftung blutig erschlagen. Bis er erschossen wurde, der Verhaftete wurde wieder erschossen, mit der Begründung, daß er einen Anführer der Partei unternehmen wollte. Jetzt die Namen der Verhafteten waren, wissen, daß er infolge der bei der Verhaftung erlittenen Verletzungen einen Fluchtversuch gar nicht unternehmen konnte.

Am Mittwoch vormittag beschafften Nationalisten in Ebersbach die Gestorbenen zweier Verhafteten. Zwei SA-Leute trieben die Verhafteten vor sich her, wobei sie fortwährend kommandierten: „Links, rechts, links, rechts“. Einer der Verhafteten wurde, weil er nicht Schritt hielt, von den begleitenden SA-Männern sofort mit dem Gummiknüdel geschlagen.

Sensation in Genf.

Die Abrüstungskonferenz besteht auf vorläufiger Debatte.

Genf, 23. März. Nach Eröffnung der Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz ging der Vorsitzende Henderson rasch zur wichtigsten Tagesfrage, nämlich, ob die Abrüstungskonferenz vertagt werden soll, über. Unter allgemeiner Spannung regte Henderson an: 1. Die Abrüstungskonferenz bis zum 25. April zu vertagen und 2. bis Ostern die Debatte über den eigentlichen Abrüstungsplan fortzusetzen. Nachdem sich lange Zeit hindurch niemand zum Worte gemeldet hatte, erbat plötzlich der rumänische Außenminister Titulescu das Wort und erklärte, er lege sich das Schicksal des Hauptauschusses als Geneigtheit zu einer sofortigen Diskussion aus, und beantragte deshalb, die Abrüstungsberatungen morgen weiter fortzuführen. Nach dieser sensationellen Intervention Titulescus nahm der Hauptauschuss den Antrag auf Fortsetzung der Arbeiten einstimmig an. Die Mehrheit der Delegationen nahm überhaupt an der Abstimmung nicht teil. Diese unerwartete Wendung in Genf wird als ein Massenprotest der kleinen Staaten gegen das diplomatische Vorgehen einiger Großmächte angesehen, ein Vorgehen, welches die Abrüstungsberatungen nicht erschwert, sondern sie aufhält. Bemerkenswert ist, daß der deutsche Delegierte Radolny für die Fortsetzung der Abrüstungsdebatten gestimmt hat. Die nächste Sitzung des Hauptauschusses wurde für Freitag, den 24. d. M., nachmittags anberaumt.

Havas meldet aus Genf: Außenminister Titulescu wird unverzüglich, wahrscheinlich heute abends, nach Paris reisen, um über Beratung seiner Kollegen, des tschechoslowakischen und des jugoslawischen Außenministers, in Paris die Ansichten der kleinen Entente zu dem MacDonald-Mussolini-Plan darzulegen.

Zurückhaltung und Vorbehalte des Aussenausschusses der Kammer.

Paris, 23. März. Zur gestrigen Sitzung des Außenausschusses erzählt Havas, Deputierter Bergeron habe ein umfangreiches Exposé über die Arbeiten der Abrüstungskonferenz und namentlich über den Plan MacDonalds erstattet. Bergeron unterzog namentlich jene Artikel des Planes einer Kritik, die sich mit der Abrüstungskontrolle befassen, und erklärte, daß er gegenüber den Bestimmungen des MacDonald-Planes einer dauernden Kontrolle den Vorzug gebe.

Der Vorsitzende des Ausschusses Herriot brachte gleichfalls Vorbehalte vor, u. a. w. nicht nur in Bezug auf den Plan MacDonalds, sondern auch auf den in Rom ausge-

Hitler bricht sein Ehrenwort.

Konflikt Papen-Hitler.

Berlin, 22. März. Wegen der — inzwischen vertagten — Wahl des preussischen Ministerpräsidenten sind im Regierungslager ernsthaft Differenzen entstanden. Bekanntlich wird für dieses Amt seitens der Kreise um Hindenburg und Hugenberg der Vizkanzler von Papen präferiert, während Herr Hitler den Reichsminister Göring nominiert; Hindenburg und Hugenberg führen die Kandidatur von Papen vornehmlich auf ehrenwörtliche Versicherungen, die Hitler am 30. Jänner in Bezug auf die Neuregelung der preussischen Verhältnisse abgegeben hat, und die — wie schon früher seitens amtlicher deutscher Stellen mitgeteilt wurde — eindeutig belegen, daß „an der Zusammensetzung der Regierung im Reich und in Preußen nichts geändert werden wird“; insbesondere hat Hitler damals auf ausdrückliches Verlangen erklärt, daß er selbst für den Fall einer Opposition innerhalb der eigenen Partei, an deren von Papen als preussischem Premierminister festhalten werde. — Bei den nunmehrigen Verhandlungen, die zu keinem Ergebnis geführt haben, nimmt Hitler zur Ueberraschung Hindenburgs den Standpunkt ein, daß „die Verhältnisse stärker seien, als sein Ehrenwort“.

Reichstagsöffnung mit Tanks

Berlin, 21. März. Bei der Eröffnung des neuen deutschen Reichstages herrschte in Potsdam und später in Berlin nervöse Aufregung; außerordentliche Maßnahmen waren getroffen für die Sicherheit Hitlers und der hochgestellten Ehrengäste. Reichswehr, Polizei und SA waren in Massen aufgebaut, Panzerwagen und Polizeiautos dominierten in den Straßen. — Hierbei erregte ein neuer Typ der deutschen Panzerwagen die besondere Aufmerksamkeit: ein flacher, dreier Räder, dessen Räder, wie un schwer zu erkennen war, durch sogenannte Raupen ersetzt werden konnten. Diese Raupen sind unter dem Panzerwagen angebracht und können durch ein paar Handgriffe soweit gesenkt werden, daß sie die Funktion der Räder übernehmen. Es handelt sich bei diesen Panzerwagen offensichtlich um eine modernisierte und technisch vollendete Form der Kriegs-Tanks, deren Besitz für Deutschland auf Grund des Friedensvertrages verboten ist!

Komödie in den Ausschüssen

Berlin, 23. März. Im Reichstage fand am Donnerstag die Konstituierung der drei wichtigsten Reichstagsausschüsse statt. Der Haushaltsausschuss des Reichstages wählte zu seinem Vorsitzenden den Nationalsozialisten Reinhardt. Als Stellvertreter schlugen die Nationalsozialisten den Abgeordneten Doktor Albrecht (Nationalsozialist) vor. Auf den Hinweis des Abgeordneten Heinig (Sozialdemokrat), daß der erste Stellvertreter der Sozialdemokraten zuziehen, erwiderte der Vorsitzende, daß er nicht gelassen sei, die bisherigen Methoden weiterzuführen. Bei Stimmenthaltung des Zentrums und der bayerischen Volkspartei wurde

Wie's die Nazi-Banditen treiben und was die Arbeiter dazu sagen!

Ein Geschäftsmann, der dann und wann über die Grenze nach Sachsen muß, hat uns einige Vorkommnisse geschildert, die einen Vorgeschmack des „Dritten Reiches“ geben.

Bei der Besetzung des Volkshauses in Bjena haben die Nazihorden, wie sie dies übrigens fast überall getan haben, die Bücher und verchiedene andere Gebrauchsgegenstände auf die Straße geworfen und dort verbrannt. Unter den verbrannten Sachen befanden sich auch viele Schulrequisiten, wie zum Beispiel Bleistifte, Federn, Rechenreiter, Sinesale und eine große Menge Schreibhefte. Bevor der Haufen angezündet wurde, hatte sich ein Pfarrer aus der Stadt in die „Anstehung“ eingemischt und auf das Unstünne dieses Vorgehens aufmerksam gemacht. Er roete den Bandalen zu, sie sollten doch die Schulbänke an arme Schulkinder verschenten, denn es gäbe genug, deren Eltern ihnen die notwendigen Schulrequisiten nicht kaufen könnten. Diese vernünftigen Worte wurden damit quittiert, daß der Pfarrer einen Schlag auf die Brust erhielt, wodurch er rücklings auf die Straße fiel. Hieraus wurde der Pfarrer in den Arrest gesteckt.

In allen kleineren Gemeinden haben die SA-Banditen dem Vorkaiser, soweit er nicht abgelehnt oder davongelagt oder gar eingesperrt wurde, die Volksgewalt entzogen und einen besessenen Bengel zum Kommandeur über die Polizei gemacht. Diese Volksgewaltigen sind meist junge Leute, deren Kenntnisse in fast nichts bestehen, als in der Anwendung der Prusikast.

Das Furchbarste für die Arbeiter sind die fortwährenden Hausdurchsuchungen. Kein Genosse ist sicher, ob nicht zu einer beliebigen Stunde Nazihorden in seine Wohnung kommen um eine „Hausdurchsuchung“ durchzuführen. Man sucht die Verhältnisse über die Parteigenossen des Ortes. Gewunden hat man begreiflicherweise bisher nicht das Mindeste. Aber was sind diese Hausdurchsuchungen? Das

dann gegen die Sozialdemokraten Abg. Albrecht zum ersten Stellvertreter bestimmt. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Dr. Albiner (Zentrum) einstimmig gewählt. Die beiden Schriftführer stellen die Deutschnationalen und die bayerische Volkspartei. — Im Reichstagsauschuss zur Wahrung der Rechte der Volkspartei wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II zum Vorsitzenden bestimmt. Zum Stellvertreter wurde auch hier ein Nationalsozialist gewählt, der Abgeordnete Breder. Die Sozialdemokraten hatten den Abgeordneten Voede vorgeschlagen. Den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages übernahm wieder Dr. Fried. Den Stellvertreter stellt das Zentrum in dem Abgeordneten Noos. Im Haushalts- und im Auswärtigen Ausschuss verfügen die Nationalsozialisten über die absolute Mehrheit, nämlich im Haushaltsauschuss über 18 von 35 Stimmen, und im Auswärtigen Ausschuss über 15 von 28 Stimmen; im Ueberwachungsausschuss haben sie gegen die Hälfte der Sitze, nämlich 14 von 28.

SPD-Fraktion im Preußenlandtag unter alter Führung.

Berlin, 23. März. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages beschloß, vorläufig den vor sechs Wochen gewählten Fraktionsvorsitzenden weiterhin mit der Führung der Fraktion zu betrauen. Danach bleibt vorläufig Führer der preussischen Sozialdemokraten der Abg. Heimann. Mit ihm gehören die Abgeordneten Veinert und Winter dem Fraktionsvorstand an sowie Abg. Jürgensen als Fraktionsgeschäftsführer.

SA-Mannschaft jagd einen deutschnationalen Oberbürgermeister in Pension.

Eisenburg, 23. März. SA- und SS-Mannschaften besetzten das Rathaus. Der Verkehr in den Sälen wurde jedoch weiter aufrechterhalten. Die Führung der Nationalsozialisten setzte sich dann mit Oberbürgermeister Dr. Belian in Verbindung. Auf Grund langwieriger Verhandlungen gelang heute eine Verständigung dahin, daß Oberbürgermeister Dr. Belian sofort einen längeren Krankheitsurlaub antritt und sich am 1. Oktober pensionieren läßt. Oberbürgermeister Dr. Belian, der der deutschnationalen Volkspartei nahestand, hat sich als Präsident des Reichsstadtebundes einen Namen gemacht. Der Rücktritt Belians wurde von den Nationalsozialisten damit begründet, daß Belian nicht mehr das Vertrauen der Einwohnerschaft der Stadt Eisenburg besitze.

Valutenkäule in Deutschland.

Köln, 23. März. In Köln wurden am heutigen Tage zwei bekannte rheinische Großindustrielle unter der Beschuldigung verhaftet, auf illegalem Wege und zu riesigen Höhen, als den amtlichen Kursen ausländische Valuten erworben und veräußert wegen der Sicherheit der deutschen Währung gehandelt zu haben. Ueber die Namen der Betroffenen wird seitens der Behörde im Interesse der Ermittlungen Stillschweigen bewahrt, da man glaubt, einem weiteren Kreis auf der Spur zu sein.

oberste wird zu unterst gewählt, kein Gegenstand wird unberührt gelassen, die Einrichtung wird beschädigt und manches Wertvolle wird gestohlen. Eine Beschwerde über dieses Vorgehen ist zwecklos und kann persönliche Mißhandlungen zur Folge haben, wenn nicht Schlimmeres geschieht. Die Leute berichten, daß sie nach einer solchen „Amtshandlung“ gut zwei Tage Arbeit haben, um die Wohnung wieder instand zu setzen, wobei natürlich manches nicht mehr vorgefunden wird.

Dabei gibt es unter der Arbeiterklasse die schönsten Beispiele solidarischen Handelns. Ein Müller, der gleichzeitig eine Bäckerei hat, verfährt mit seinem Wagen in den Dörfern seine Erzeugnisse schon viele, viele Jahre lang. Sie wurden stets gekauft. In den Umfarttagen hatte der Müller nichts eiligeres zu tun, als auf seiner Mühle die Halenkreuzschnüre zu hängen. Und sonderbar: er fährt zwar noch mit seinem Wagen durch die Dörfer, aber er bringt die Hälfte seiner Brote wieder nach Hause zurück. Aufeinander schreien den Arbeitern das Brot aus der Halenkreuzmühle nicht mehr.

Ein zweiter Fall: Ein Milchmann, der schon durch Jahre täglich Milch in die Wohnungen trägt und dort verkauft, hat sich recht lobend über die neue Metra ausgesprochen und gegen die „Novemberleute“ losgezogen. Es ist nun wieder eigentümlich, daß man in den Orten die Milch dieses Mannes nicht mehr genießen kann. Der Mann mußte mit seinem Milchvertrieb aufhören, weil er bei den Arbeitern keine mehr zu verkaufen vermochte.

Die braunen Wespen können zwar die Arbeiter werden, verschleppen, einsperren, ihr Eigentum stehlen und verwüsten, ihre Gefinnung rauben können sie nicht.

An diesem Vorgehen unserer Genossen sollten wir und hierzulande ein Beispiel nehmen. Arbeiter, könnt auch die Leute an zu denen ihr ganz sauer verdientes Geld hinschafft, haltet die Faschinen im Auge! Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft!

beiteten Viermächteplan. Den Informationen des „Journal“ zufolge erklärte Derriot, Frankreich sei immer der Ansicht gewesen, daß nur der Völkerverbund der geeignete Organismus sei, der es allen Nationen ermögliche, in Debatten über ihre Interessen bei gleicher gegenseitiger Behandlung einzutreten. Auch der sozialistische Abg. Conguet äußerte — dem „Populaire“ zufolge — Vorbehalte.

Samm'ung der französischen Reichien.

Paris, 23. März. Der nationale Deputierte Franklin Bouillon zeigte die Gründung einer neuen politischen Gruppe, der „Union pour la Nation“ an, mit deren Hilfe er eine neue politische Partei zu gründen beabsichtige, die die Politik der Zusammenfassung aller patriotischen Elemente Frankreichs verfolgen soll. Von den übrigen politischen Führern hat sich der neuen Gruppe Louis Marin angeschlossen.

Heimwehr in die Tiroler Regierung?

Der Hauptauschuss des Nationalrates tritt nicht zusammen.

Wien, 23. März. Wie die „Arbeiterzeitung“ erfährt, erfolgte die gestrige Demission der Tiroler Landesregierung zu dem Zwecke, damit eine neue Regierung auf breiterer Basis gebildet werden kann, was nur so aufgefaßt wird, daß Vertreter der Heimwehr in die Landesregierung kommen werden.

Die Christlichsozialen Nachrichtenzentrale meldet, daß die Klubmänner der Regierungsparteien an den Obmann des Hauptauschusses Dr. Renner ein Schreiben bezüglich der von Dr. Renner für morgen nachmittags beabsichtigten Einberufung des Hauptauschusses gerichtet haben. Es wird darauf verwiesen, daß der Bundespräsident ein erhebliches Arbeiten des Nationalrates erst dann für möglich halte, wenn gewisse Reformen in der Bundesverfassung und in der Geschäftsordnung des Nationalrates gesichert seien. Aus diesen Gründen seien die Klubmänner der Regierungsparteien nicht in der Lage, auf die Einladung einzugehen oder, wie es Dr. Renner angeregt hatte, einen Gegenvorschlag zu erstaten.

Gesetz Hintze zwölf Jahre Zuchthaus beantragt.

Berlin, 23. März. Im Zollschlaabprozess Hingeb-Bindernagel beantragte der Staatsanwalt, gegen den Bankier Wilhelm Hintze, der am 23. Oktober v. J. seine Frau, die Kammerlängerin Gertrud Bindernagel von der Südtiroler Oper, erschossen hatte, 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Es wird weiter gemordet.

Kinder werden verhaftet, Frauen verschleppt.

Berlin, 20. März. Die Aktionen der „unverantwortlichen Elemente“, unbekanntes Täter, „kommunistischen Propagandisten“, das heißt also der braunen Mörder, setzen wieder mit aller Macht ein. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die SA Arbeiter aus den Betten holt und verschleppt. Die SA-Kasernen in der Friedrichstraße, Greifswalder Straße, Mohrstraße, Hedemannstraße sind wieder voll belegt.

Montag wurden in Berlin mindestens fünfundsiebzig Sozialdemokraten entführt. Das sind nur die bekannten Fälle, dazu kommen sicher doppelt soviel unbekannt. Die Angehörigen wagen nicht mehr, die Anzeige zu erstatten. In Neukölln bemächtigten sich die Banditen der Kinder von Sozialdemokraten, wenn sie die Gesuchten selbst nicht fanden. Bisher waren wenigstens Frauen verschont worden, jetzt aber zerrten die SA auch Frauen aus dem Bett und verschleppten sie. Manche werden bloß geschlagen und nach ein paar Stunden wieder freigelassen, andre müssen Tage in den Kasernen verbringen. Vielen wurden die Haare geschoren, auf die Kopfhaut wurde ihnen ein Hakenkreuz gemalt. In der Charité liegt ein Mann, dem die SA ein Hakenkreuz mit glühendem Eisen auf den Schädel gebrannt hat.

Vorgestern wurde in Wilmersdorf ein Arbeiter erschossen; davon ist natürlich in keiner Zeitung etwas zu lesen. Wie viele ermordet werden, ohne daß die Nachricht über die engsten Kreise hinausdringt, weiß man nicht.

Grauenhafte Ermordung eines SAJ-Führers.

In der Nacht des 10. d. überfiel eine Horde von etwa zwanzig uniformierten Nazi eine Laubenkolonie in Spandau. Der Überfall galt dem vierundzwanzigjährigen Führer der sozialistischen Arbeiterjugend Erich Meyer. Die Nazi-Kletterer auf das Dach der Wohnlaube, in der Meyer sich verbarrikadiert hatte, breiteten Strohbündel darauf aus und drohten die Laube und die ganze Kolonie in Brand zu stecken, wenn Meyer nicht sofort herauströmte. Um die Leute, denen die Laube gehörte, nicht zu gefährden, ging Meyer tatsächlich hinaus.

Am nächsten Morgen wurde sein furchtbar verstümmelter Leichnam gefunden, der nicht weniger als dreizehn Schußwunden und zahlreiche Verletzungen durch Schläge und Tritte aufwies.

Keiner der Laubenbewohner hatte gewagt, dem Unglücklichen zu Hilfe zu kommen, auch die Polizei ließ sich nicht blicken.

„Hinaus mit den Sozialdemokraten!“

Ein frommer Wunsch der Nazis.

Das Beispiel, das Herr Göring durch den Hinauswurf aller Sozialdemokraten aus den öffentlichen Ämtern gab, läßt unsere Jung-Nazisten nicht schlafen. In der Troppauer „Neuen Zeit“ vom 11. März 1933 findet sich folgende Werte:

Hinaus mit ihnen (Sozialdemokraten) aus allen öffentlichen Ämtern. Und hinaus aus der Partei, die durch ihr Verhalten deutlich genug zeigt, daß sie sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stellt und in entscheidenden Augenblicken auf der Seite des nationalen Gegners steht. Da kann kein ehrlicher deutscher Arbeiter mehr mituntan!

Wir stehen nicht außerhalb der Volksgemeinschaft im weiteren Sinne des Wortes. In dem nämlich, daß wir zur deutschen Nation gehören und ihre Sprache sprechen. Jene Volksgemeinschaft ist im Grunde aber, die den anderen Teil des Volkes mit Revolvern, Mjuskol, Gummimänteln und ähnlichen Dingen traktiert, hassen und verachten wir. Die Nazis mögen sich noch so viele Nähe geben, sich selbst als die Volksgemeinschaft hinzustellen und ihre Methoden als die schlichteste deutsche Art zu bezeichnen: hätten sie recht, so wäre es wahrhaftig eine Schande, Deutscher zu sein.

Aber es gibt nicht nur Nazis, sondern auch wirkliche Deutsche, die etwa zu Goethe noch bessere Beziehungen unterhalten als die jetzigen Herren Deutschlands zu holländischen Kommunisten.

Diese Ermahnungen lassen die Freiheit, die in der „Neuen Zeit“ über die Sozialdemokraten enthalten ist, erst in rechtem Licht erscheinen. Die Forderung der „Neuen Zeit“ ist hierzulande offener Nationalverrat. Denn die Nazis sollen doch nicht glauben, daß nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus den öffentlichen Ämtern etwa sie an die Reihe kämen. Hier wäre die Verdängung der Deutschen die Folge des von den Nazis gewünschten Vorgehens. Falschliche Methoden in der Tschechoslowakei — das bedeutet nicht ein Reich des Herrn Jung, sondern eines des Herrn Stiburny. Aber wir zweifeln nicht daran, daß den Jung der Stiburny lieber ist als eine Demokratie, in der die Deutschen Arbeiter noch etwas zu sagen haben. Die Nazis hassen ja der Verflüchtigung Südtirols Beifall. Weshalb sollte ihnen da nicht zumuten sein, daß sie sich auch der Unterjochung der Sudetendeutschen fechten — sofern eben die Arbeiter dabei mundtot gemacht wurden?

So wirds gemacht!

Nazis fliegen aus unseren Versammlungen.

Samstag und Sonntag fanden in Ostau, Deutschhause, Wiesen und Gräß-Markersdorf (Kreis Zierberg) gewaltige sozialdemokratische Kundgebungen gegen den Faschismus statt. Die Nationalsozialisten hatten die Parole ausgegeben, diese Versammlungen unmöglich zu machen, weshalb die Arbeiter entsprechende Vorkehrungen trafen. Als in den Versammlungen die ersten Störversuche der Nazis einsetzten, wurden die Störer nach den Grundregeln der Nazi-Demokratie behandelt: sie wurden verdroschen und hinausgeworfen. Straß liefen sie zur Gendarmerie, die ihr den Rat gab, sich die Hintern mit Salbe einreiben zu lassen.

Die Arbeiter sind auch in anderen Gebieten bereit, die Nazis auf ähnliche Weise heimzujagen, wenn sie auf verbieten sollten, die Methoden des Dritten Reichs bei uns einzuführen oder auch nur den Versuch zu unternehmen, die Schurkerei ihrer Brüder aus dem Reich in sozialdemokratischen Versammlungen zu rechtfertigen.

Das Hakenkreuz gegen die Genossenschaften.

In der „Konsumgenossenschaft“ (Prog) finden wir einige Einzelheiten über das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen Konsumvereine in Deutschland. So wurden die Betriebskonföderation der Konsumgenossenschaft Senftenberg polizeilich besetzt und auf verborgene Waffen und verbotene Flugblätter untersucht. Der gesamte Geschäftsbetrieb mußte erzwungenermaßen ruhen. Diese auf Grund einer Denunziation erfolgte Aktion blieb erfolglos. — In Herbede an der Ruhr wurde ein Lagerhalter des Konsumvereins „Wohlfahrt“ in Bochum von SA-Leuten festgenommen, als er mit dem Austragen des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“ beschäftigt war. — Der Konsumverein Weichenfels - Raumburg liefert seinen Mitgliedern ein kostenloses Mitteilungsblatt. Weil in der Nr. 3 dieses Blattes ein Aufruf an die Mitglieder der Genossenschaft enthalten war, nur für die Wahl von Abgeordneten einzutreten, die sich bereit erklären, im Reichstag für die Verbraucherinteressen zu wirken, wurde dieses Genossenschaftsblatt verboten. Das reaktionäre Regime des Vorkriegs-Deutschland ist im Vergleich zu der heute gehandhabten Intoleranz direkt als verbraucherfreundlich zu bezeichnen. — Der Geschäftsführer des Konsumvereins von Elgersburg ist verhaftet worden. — An der Verteilungsstelle Duisburg - Reichard der Konsumgenossenschaft Essen erschienen SA-Leute und erzwangen von der Lagerhalterin eine Schlichtung der Verteilungsstelle. Die SA-Leute erklärten: „Eine Öffnung der Verteilungsstelle kommt nicht wieder in Betracht.“ — Das Warenhaus des Konsumvereins „Eintracht“ in Essen wurde nach verbotenen Waffen durchsucht. Das Haus war während der Aktion die ergebnislos vertiefte, von Bewaffneten umstellt. Das gleiche geschah auch in dem bekannten Kindererholungsheim der Sauerburger „Produktion“ in Dafftraug. — In der Zentrale der Rheinisch-Westfälischen Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ (Röln) in Ohligs erschienen uniformierte Nationalsozialisten und bedrohten die anwesenden Angestellten. Schließlich zertrümmerten sie 26 Fensterscheiben. Der Konsumgenossenschaft Wuppertal - Varmen wurden in den letzten Tagen wiederholt mit großen Plastersteinen Scheiben einzuwerfen. Dem Allgemeinen Konsumverein für Arel und Umgebung wurden 13 große Schmisenfestscheiben einzuwerfen und ein großes Firmenbild zertrümmert. Die Polizei sah zu.

Vom Rundfunk

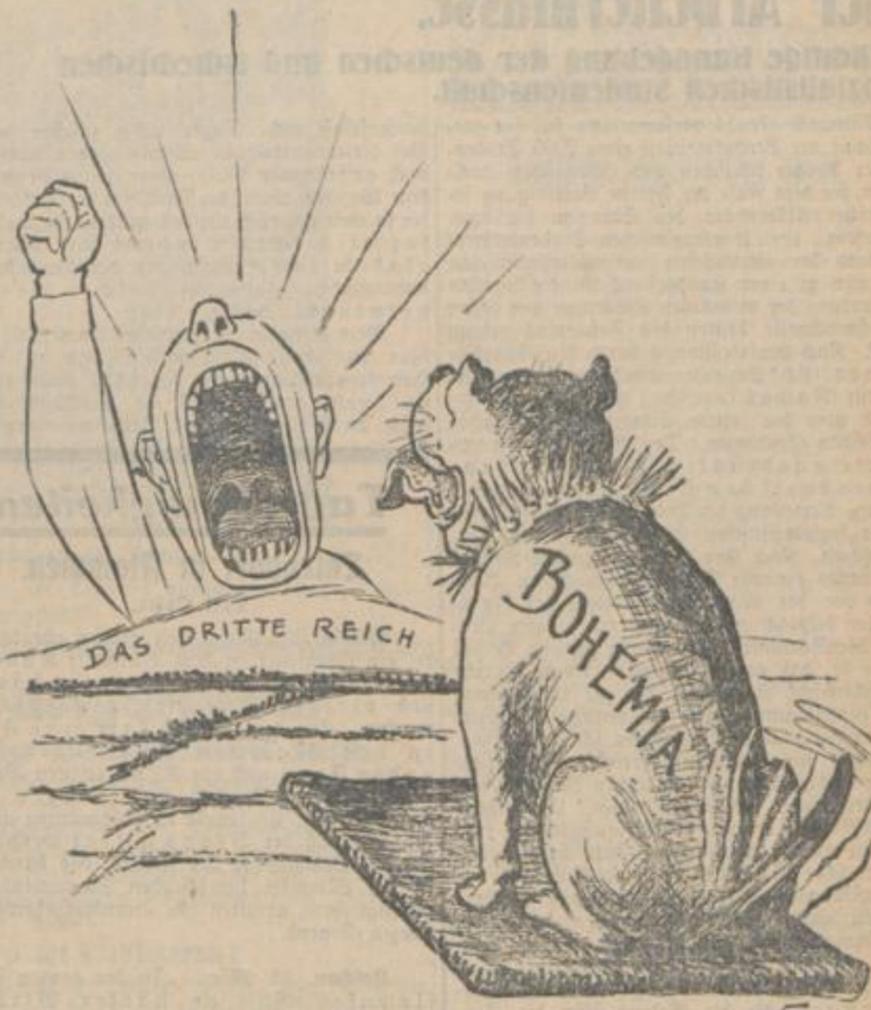
Eine halbe Million Rundfunkhörer in der USA.

Zur Monate Feber ist die Zahl der Rundfunkhörer um 11.075 gestiegen, so daß am 1. März d. J. die Zahl der tschechoslowakischen Rundfunkteilnehmer 495.786 betrug.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Sonntag.**
 Prog: 6.15 Gymnastik 11.00 Schallplatten, 12.35 Deutsche Sendung: Bagatell liest aus eigenen Werken, 20.35 „Der Joliferer Kebab“, Oper von Rossini. — **Braun:** 12.30 Tischgespräch, 18.25 Deutsche Sendung: Gramophonekonzert, 19.25 Musikst. 21.20 Tanzmusik. — **Mähr.-Ostau:** 10.10 Musikst. 18.35 Impressionismus im Bild, 22.15 Unter Abend. — **Berlin:** 19.00 Eigenes aus Wagners Leben. — **Breslau:** 19.00 Dirigenten unserer Zeit. — **Mühlader:** 15.10 Arbeitslichelieder zur Laute. — **Wuppig:** 19.30 Wandlinskonzert. — **München:** 21.50 Kleinfest. — **Wien:** 18.40 Orloff-Donkosen.

His master's voice!



Die alte 100 jährige „Bella“ hört die Stimme ihres Herrn.

Naziterror in Niederschlesien.

Die faschistische Hakenkreuzbestie beherrscht die schlesische Kreisstadt Waldenburg.

Ein Genosse, der am 16. März auf einer Geschäftsreise in Niederschlesien weilte, sendet uns über seine dort gewonnenen Eindrücke folgenden Bericht zu:

Vor einigen Tagen hieß es in den Blättern, daß über Aufrag Hitler die nationalsozialistische Hilfspolizei jurüdgepfiffen worden sei. Diese Meldung ist nur zu einem Teile richtig. Wahr ist allerdings, daß man in den niederschlesischen Städten die Hilfspolizei nicht mehr antieren sah, hingegen aber beherrschten SA- und SS-Leute in voller Uniform das Straßenbild, und sorgen durch ihre faschistischen Kutzen für die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“.

Die große niederschlesische Kreisstadt Waldenburg hatte am 16. März ein Erlebnis. An diesem Tage feierte die faschistische Bevölkerung dieser Stadt die Auserkörung des kaiserlichen Deutschland.

Am Rathausplatze wurde das Denkmal Kaiser Wilhelms I. und das Denkmal Bismarcks wieder aufgestellt.

Beide Denkmäler wurden im November 1918 durch die dortige Arbeiterschaft beseitigt. Die Aufstellung der Denkmäler ging unter der Ästistenz der SA- und SS-Männer vor sich.

Waldenburg und seine Umgebung steht im Zeichen des faschistischen Terrors.

Ununterbrochen saulen SA- und SS-Männer auf Motorrädern durch die Straßen Ihre Köpfe schmückt ein Sturzhelm, der dem eines Stahlhelms sehr ähnlich sieht. Auf dem Sturzhelme prangt — wie könnte dies auch anders sein — das Hakenkreuz!

Hakenkreuz, Totenschädel und Schwarzweißrote Wappen, das sind die Embleme, die einem in Deutschland überall begegnen.

Am 3. März schaffte ein Lastauto, das mit Landjägern vollbesetzt war, 16 verhaftete Mar-

zisten in das Waldenburger Gericht. Ein Arbeiter, der auf der Straße stand, rief den Verhafteten den Freiheitgruß zu.

Das Lastauto hielt an, einige Landjäger sprangen herunter und schlugen auf den Arbeiter solange ein, bis er mit schweren Verletzungen bewußtlos zusammenbrach. Die Landjäger bestiegen daraufhin wieder das Auto und fuhren davon. Den Schwerverletzten überließen sie seinem Schicksal.

Ein Reichsbannermann lag in der Vorwoche mit 40 Grad Fieber krank zu Bett.

Landjäger waren es, die in seine Wohnung eindringen, seine Frau mißhandelten, um dann auch in ähnlicher Weise mit ihm zu verfahren. Durch die Schläge sollte dem kranken Arbeiter der Gruß „Heil Hitler“ erprecht werden. Als auch dieser Arbeiter bewußtlos geschlagen war, bespuckten ihm die Landjäger das Gesicht und verließen die Wohnung.

Beide mißhandelten Arbeiter wurden mit schweren Verletzungen dem Waldenburger Krankenhaus eingeliefert. Ihr Zustand ist äußerst ernst. Weder ihre Frauen noch andere Angehörige dürfen die Schwerverletzten besuchen. Jeder Versuch, der zu diesen beiden Arbeitern will, wird mit der Begründung abgewiesen, daß er nicht zulässig sei, weil sich die beiden Arbeiter in „Schutzhaft“ befinden.

Am 11. März, — also einen Tag vor der Kommunalwahl — drangen SA-Männer in das Waldenburger Rathaus ein und schleppten den dortigen sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schubert in das braune Haus in Waldenburg. Mit vorgehaltenem Revolver wurde Schubert gezwungen, an der Spitze des Naziumzugs mit der Spitze des Hakenkreuzjagdes zu marschieren.

wird die SA die Freiwilligkeit beibringen. Das ist in Kürze ein deutsches Kulturdokument.

Treibjagd auf Menschenwild.

Am Montag, den 20. März veranstalteten die Nazi in Oberbach eine wahre Treibjagd auf Andersdenkende. Besonders hatte man es auf Kommunisten abgesehen. Es wurden ganze Straßenzüge abgeriegelt und die Reichsgrenze hart besetzt, um ein Entkommen Andersdenkender zu verhindern. Es wurden auch Frauen mitgenommen. Wohin die Verhafteten gebracht worden sind, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Der Schlechtberg wurde ganz umstellt und unter Gewehrfeuer wurde der Berg durchsucht.

In Kürze.

In seiner „In Kürze“ überschriebenen Rubrik veröffentlicht der „Völkische Beobachter“ vom 22. d. wörtlich folgende Bekanntmachung der Gauleitung der NSDAP. Rheinpfalz:
 Bis zum Dienstag, abends 5 Uhr, sind sämtliche SPD- und KPD-Bürgermeister und Stadtdirektoren, die ihre Ämter noch nicht freiwillig niedergelegt haben, unter Angabe von Straße und Hausnummer zu melden. Die Niederlegung der Ämter hat in allen Fällen freiwillig zu erfolgen. Sämtliche Juden, die nach dem 1. August 1914 in die Pfalz eingewandert sind und bis Mittwoch die Pfalz noch nicht verlassen haben, sind unter Angabe von Straße und Hausnummer anzugeben.
 Angabe von Straße und Hausnummer — man versteht: Wer nicht freiwillig“ pariert, dem

2000 Studenten geloben Treue der Arbeiterklasse.

Mächtige Kundgebung der deutschen und tschechischen sozialistischen Studentenschaft.

Mittwoch abends versammelten sich im großen Saale der Produktionsbörse etwa 2000 Studenten der Prager deutschen und tschechischen Hochschulen, die dem Rufe der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker, des Zentrums soc. dem. Studentinnen, der kommunistischen Studentenschaft und der tschechischen nationalsozialistischen Studenten zu einer Kundgebung für die sozialen Forderungen der mittellosen Studenten und gegen das schmachvolle Wüten des Faschismus gefolgt waren. Nach der Eröffnung durch den Genossen Kerner (tsch. Sozialdemokrat) ergriff der erste Referent Machel (nar. soc.) das Wort und referierte über die soziale Situation der tschechoslowakischen Studenten. Der Redner anerkannte ausdrücklich die Forderungen der deutschen Studenten nach einer gerechten Verteilung der staatlichen Subventionen für die sozialpolitischen Einrichtungen der Studentenschaft. Nach ihm kam der deutsche Redner des Abends Genosse Deutsch zu Wort. Ausgehend von der allgemeinen Notlage der Intellektuellen besprach er die besonderen sozialen Probleme der Studentenschaft. Unter großem Beifall erklärte er, daß es sinnlos wäre, wenn deutsche und tschechische Studenten, die zur Erlämpfung ihrer gemeinsamen Ziele notwendige Einheitsfront an nationalen Zwistigkeiten scheitern ließen. Wiederholte von Beifall unterbrochen, beschäftigte sich der Redner mit den zahlreichen Mängeln unserer derzeitigen Studentenfürsorge. Er geißelte den Mißbrauch, der mit den Prüfungskursen insbesondere an der medizinischen Fakultät getrieben wird, welcher das Studium derart verteuert, daß der Prüfungserfolg, der wiederum als Maßstab der „Würdigkeit“ für Gewährung von Stipendien, Freischulungen etc. gilt, gerade bei armen Studenten äußerst gefährdet ist. Geradezu ungeheures Aufsehen erregten die Enthüllungen, die der Redner über die Zustände in der Verwaltung der Krombholzfäbrik machte. Bei Besprechung der persönlichen Integrität ihres Kurators Prof. Groszler verwies Genosse Deutsch darauf, daß ein Betrag von 24.000 K aus Geldern, die von den Studenten von Amts wegen eingehoben werden, augenscheinlich veruntreut wurde. Ebenso empörend ist es, daß große Teile der deutschen Studentenschaft, die als Wohnräume für arme Studenten dienen sollten, den hakenkreuzlerischen, clerikalen und liberalen Studentengruppen als Nebenlokalen zur Verfügung gestellt werden. Der Redner verlangte die Einrichtung einer ausreichenden Wohn- und Heißwasserfürsorge für die mittellose Studentenschaft. Ihren Höhepunkt erreichte die Erregung der Versammlung, als Genosse Deutsch auf das Wüten des Arbeiter-mordenden und Kultur-schändenden Hakenkreuzfaschismus hinwies und als Beispiel für die Auswirkungen der deutschen Zustände auch bei uns den bekannten Drohbrief an Genossen Raimund Willmet deutsch und in tschechischer Uebersetzung verlas. Es kam zu minutenlangen stürmischen Protestkundgebungen gegen Hitler und seinen Blutgoering.

Nachdem noch die Genossin Vastovičková und Dr. Ballenberger für die Kommunisten und die tschechischen Sozialdemokraten gesprochen hatten, wurde die Debatte eröffnet, in der den tschechischen und deutschen Faschisten gründlich das Fell geschält wurde.

Schließlich gelobten die zehntausend, immer für die Einheitsfront des Proletariats einzutreten, überall die politischen Freiheitsrechte der Werktätigen zu verteidigen, immer gegen den Faschismus und gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges zu kämpfen und überall durch persönlichen Einsatz für die Brechung des faschistischen Terrors zu sorgen und in allen Situationen, die da kommen mögen, der kämpfenden Arbeiterklasse die Treue zu halten. Unter donnernden Freischießen und Praxiseinstößen wurde die prächtige Versammlung mit der „Internationale“ geschlossen.

Die Antwort der deutschen Universität.

Auf diese Versammlung der sozialistischen Studenten und die sachlich wohl fundierte Kritik an den sozialen Einrichtungen der Hochschule reagierte das Rektorat der deutschen Universität nicht etwa mit einer der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessenen Untersuchung, sondern mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen zwei Mitglieder der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker. Den Vorwand hierzu bildete ein Flugblatt, in welchem die in der Versammlung besprochenen Zustände als „Schande der deutschen Universität“ bezeichnet wurden und die Tatsache, daß von sozialistischen Jugendlichen, also von Personen, die der Disziplinargewalt des akademischen Senates nicht unterstehen, auf offener Straße, also nicht auf akademischem Boden, diese Flugblätter verteilt wurden.

Statt die Schande der Universität zu beseitigen, verfolgt das Rektorat deren Kritik, hat die hakenkreuzlerischen Kaufstudenten, die in den Prager Straßen sozialistische Jugendliche überfallen, zur Rechenschaft zu ziehen, verfolgt es die sozialistischen Studenten, weil diese einem weiteren Mißbrauch der sozialen Institutionen der Stu-

dentenschaft nicht länger ruhig zusehen wollen. Bei dieser auffälligen Strenge gegen links und noch auffälligeren Milde gegen rechts ist es auch kein Wunder, wenn die Freiheit der Dozentkreise so weit gediehen ist, daß gestern abends ein sozialistischer Student und zwar auf akademischem Boden (in der Vorhalle des anatomischen Institutes) beschimpft und verprügelt wurde.

Dem Rektorat der deutschen Universität kann aber jetzt schon gesagt werden, daß es seinen Dozentkreisen und sich selbst einen schlechten Dienst erweist, falls es die Absicht haben sollte, durch ein derartiges Verhalten einen offe-

Tagesneuigkeiten

Zatradorf in Flammen.

Drei Opfer.
Eilsein, 23. März. Seit gestern abends wütet ein Großfeuer in dem Zatradorf Kubach bei Poprad. Bis jetzt sind zwanzig Häuser und vierzig Scheunen eingeschert worden. Bei dem Brande kam eine Frau in den Flammen ums Leben. Eine andere Frau und ein Kind erlitten Brandwunden dritten Grades; beide ringen mit dem Tode. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß der Brand gelegt worden ist. An der Bekämpfung des Feuers, das durch den in der Slowakei herrschenden Sturmwind begünstigt wird, arbeiten alle Brandwehrcorps der ganzen Gegend.

Kaschau, 23. März. In der ganzen Ostslowakei wütete ein starker Wirbelsturm, der überall umfangreiche Schäden verursacht hat. In Kaschau schneite es heute den ganzen Vormittag über sehr stark. Auch der Höhenzug Bihorlat bei Michalove ist von einer starken Schneedecke bedeckt.

Statt Todesurteil — drei Tage Arrest!

Bräz, 23. März. Vom Brüzer Schwurgerichte wurde im Vorjahre der 25jährige Kutischer Franz Grömer aus Moscha wegen des Verbrechens des Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt. Grömer hatte die 27jährige Arbeiterin Anna Kindermann, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, dem auch ein Kind entsprungen war, jahrelang durch Eifersucht gequält. Wegen gefährlicher Bedrohung und Mißhandlung seiner Geliebten wurde er vom Brüzer Kreisgerichte zu einer mehrmonatigen Kerkerstrafe verurteilt. Als er die Strafe abgebußt hatte, suchte er die Kindermann neuerdings auf und verlangte von ihr, daß sie zu ihm zurückkehre. Als sie sich weigerte, schlug er das Mädchen mit einer Schaufel nieder und jagte ihm eine Kugel durch den Kopf, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Dann versuchte er durch Erhängen Selbstmord zu begehen. Er wurde jedoch wieder hergestellt und vom Brüzer Schwurgerichte zum Tode verurteilt. Das Oberste Gericht gab der von seinem Verteidiger eingebrachten Nichtigkeitsbeschwerde Folge und ordnete eine neue Verhandlung an. Auch diesmal wurde Grömer mit 12 Stimmen des Nordes schuldig gesprochen. Gleichzeitig hatten 10 Geschworene die Frage auf Sinnesverwirrung bejaht, so daß Grömer von der Anklage des Mordes freigesprochen werden mußte. Er wurde lediglich wegen Uebertretung des Waffengesetzes zu 3 Tagen Arrest verurteilt.

Wie der Mörder ermordet wurde.

Bräun, 23. März. Bei dem neuerlichen Verhör gestand heute vormittags Franz Gerspiger, der vorher von dem Ober-Gendarmerie-Bauchtmeister Muzikaf überführt worden war, daß er selbst Ondras ermordete, und nicht sein Bruder Johann. Franz Gerspiger schilderte auch, wie er den Mord verübte. Er hatte die Ermordung Ondras' mit seinem Bruder Johann vorher verabredet; da sich aber Johann nicht zur Tat entschließen konnte, weil Ondras sein guter Kamerad war, beschloß Franz Gerspiger, Ondras selbst zu beseitigen. Er verbarag sich an dem vereinbarten Orte bei der Kreuzung der Straße mit der Eisenbahnstraße in dem tiefen Graben. Als Ondras mit seinem Bruder Johann vorüberging, schoß Franz auf Ondras und tötete ihn. Weil er im Graben lag, ging der Schuh von unten nach oben, was mit den festgestellten Schuhspuren an der Leiche Ondras übereinstimmt. Franz Gerspiger gab auch an, daß Ondras eine Aktentasche bei sich hatte, die er ihm abnahm.

Waldbarbeiter-Tod.

Uzhorod, 23. März. Am Dienstag nachmittag ruhte in einer Waldhütte in der Nähe der Gemeinde Dankowice im Bezirke Szaljawa eine Partie von vier slowakischen Waldbarbeitern aus. Während des Sturmes, der in diesen Tagen in Karpatenregion wütete, wurde plötz-

lich ein hundertjährige Buche enturzelt, die auf die Hütte fiel. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle unter den Trümmern der Hütte erdrückt, ein zweiter wurde tödlich verletzt und starb kurz nach der ihm zuteil gewordenen ersten ärztlichen Behandlung; ein dritter Arbeiter wurde ebenfalls ernstlich verletzt. Der vierte Arbeiter, der gerade in der Tür der Hütte stand, rettete sich dadurch, daß er beiseite sprang. Die beiden Toten hinterlassen Witwen mit vier, bzw. zwei unversorgten Kindern.

nen Konflikt mit der Sozialdemokratie zu provozieren. Was jedoch die konkreten Zustände der „Schande der deutschen Universität“ betrifft, so wird der „Sozialdemokrat“ Se. Majestät schon in den nächsten Tagen so viel Material zur Verfügung stellen, daß sie die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen unsere Genossen vielleicht noch sehr bedauern dürfte.

Nazi-Ausschreitungen an den Wiener Hochschulen.

Wien, 23. März. Am Chemischen Institut der Wiener Universität ereigneten sich heute neue Ausschreitungen, bei welchen nationalsozialistische Studenten mehrere politische Gegner prügelten und drei von ihnen verletzten. Die übrigen Institute sowie das Hauptgebäude der Universität waren ebenso wie die Technischen Fakultäten in ihrer Umgebung schrittweise von der Polizei sehr energisch gegen alle Ausschreitungen ein.

lich eine hundertjährige Buche enturzelt, die auf die Hütte fiel. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle unter den Trümmern der Hütte erdrückt, ein zweiter wurde tödlich verletzt und starb kurz nach der ihm zuteil gewordenen ersten ärztlichen Behandlung; ein dritter Arbeiter wurde ebenfalls ernstlich verletzt. Der vierte Arbeiter, der gerade in der Tür der Hütte stand, rettete sich dadurch, daß er beiseite sprang. Die beiden Toten hinterlassen Witwen mit vier, bzw. zwei unversorgten Kindern.

„Jetzt ist es vollbracht!“

Also begrüßte Roosevelt den Federtrich durch das Alkoholverbot.

Washington, 23. März. Präsident Roosevelt unterzeichnete mit vier verschiedenen Federstrichen (1) die vier Listen des Gesetzes, durch das die Erzeugung sowie auch der Verkauf von 2-Prozentigem Bier und Wein vom 7. April 1933 in den Vereinigten Staaten zugelassen wird. Als der Präsident der Vereinigten Staaten die Unterzeichnung vollzogen hatte, erklärte er im Aufstehen: „Jetzt ist es vollbracht!“ In vierzehn Tagen wird demnach in 22 Staaten bereits Bier und Wein ausgekänft werden.

Kurz vor der Unterzeichnung des gesamten Gesetzes hatte Präsident Roosevelt die Weisung erteilt, eine ganze Reihe von Hunderten von amerikanischen Bürgern, die zur Zeit wegen Uebertretung des Prohibitionsgesetzes eingekerkert sind, aus der Haft zu entlassen. Ohne bekanntzugeben, was er diesbezüglich aus eigener Initiative zu unternehmen gedachte, forderte der Präsident der Vereinigten Staaten den Generalstaatsanwalt auf, den Gesetzmurk für eine allgemeine Amnestie auszuarbeiten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet von der Einführung des neuen Gesetzes neue Staatseinnahmen in der Höhe von rund 200 Millionen Dollars bei einer Steuer von fünf Dollar pro Maß außer verschiedenen Lizenzgebühren. Die einzelnen Staaten der Union sowie die lokalen Regierungen werden ihre Einnahmen um weitere Millionen durch spezielle Gebühren erhöhen.

Symbolische Wandlung. Burg Hohstein

im sächsischen Elbsandsteingebirge war in den letzten Jahren Wanderziel vieler junger Menschen. Anderes als Ziel Schaulustiger. War ersehntes Ziel der wandernden Jugend, denn sie hatte, wenn sie die geräumige Burg betrat, das Gefühl, heimzukommen. Burg Hohstein, einst ein Gefängnis, war Jugendherberge geworden. Eine der vielen Jugendherbergen, die wandernde Jugend billiges Obdach bot. Nach der Revolution, nach der Schaffung der Republik, die da glaubte, mit weniger Gefängnissen auskommen zu können und jungen Menschen mehr Freude bringen zu müssen, wurde die Burg Hohstein aus einem Gefängnis in eine Jugendherberge umgewandelt. Die Republik ist gestürzt — und da das „erwachte Deutschland“ nichts so sehr braucht, wie Gefängnisse, wird aus der Jugendherberge wieder ein Gefängnis gemacht. Eine Umwandlung, die eine für das politische Geschehen wahrhaft symbolische Rückwandlung ist! Braucht die deutsche Jugend zu wandern, so zu wandern, wie sie es tat in jener Zeit, da es noch eine deutsche Jugendbewegung gab? Neue deutsche Jugend hat nicht zu wandern, sondern zu marschieren, nicht an Waldestrassen und Sonnenaufgängen sich zu freuen, sondern an Gelände- und Gesechtsübungen zu ergötzen! Kameradschaft zwischen Jugend aller Richtungen, wie sie als eine der schönsten Früchte der ach so rasch gealterten deutschen Jugendbewegung erblüht war, wie sie so menschlich-ichön den Ton in den Jugendherbergen bestimmte? Neueste deutsche Jugend kennt keine Menschlichkeit, kennt keine Kameradschaft von Mensch zu Mensch, sie schlägt den Andersdenkenden wieder! Wo zu Jugendherbergen, die allen zugänglich sind? Die Hitlerjugend hat ihre Kasernen — die anderen kommen in die Gefängnisse. Und in einer Zeit, da ganz Deutschland ein einziger großer Kerker wird, ist das Fortbestehen einer Anstalt als Richtgefängnis, obwohl sie dazu benutzbar ist, einfach undenkbar! Noch in anderer Beziehung

Versicherungsschwindel durch Brandstiftung.

Pardubitz, 23. März. In der Nacht zum 1. d. brannte in Pardubitz unter mysteriösen Umständen ein großes Kohlenmagazin der Firma Alois Viska aus, das bei der Versicherung Pödnitz versichert war. Die umfangreichen Nachforschungen führten unerwartet auch zu Fahndungen und Aufdeckungen verschiedener Straftaten in Ostböhmen. Der erste Verdacht, daß der Brand gelegt worden sei, tauchte bei der Anmeldung des Schadens auf. Es wurde festgestellt, daß das Magazin nicht 48 Waggons, wie der Versicherer angab, enthielt und weiter, daß der Schaden nicht in die Hunderttausende gehen konnte, wie ebenfalls angegeben wurde. Es wurde festgestellt, daß bei dem Entstehen des Brandes feuergefährliche Stoffe verwendet worden sind. Hierauf wurden der Firmeneinhaber Alois Viska und der Firmaverwalter Josef Bejzicek aus Pardubitz wegen des begründeten Verdachtes des Versicherungsschwindels und wegen Teilnahme verhaftet. Die die Angelegenheit untersuchenden Polizisten verhörten Hundert von Zeugen, worauf ein Bürger aus Königgrätz verhaftet wurde, der mit Viska in Verbindung stand und der beschuldigt wird, das Magazin nach einer Besprechung mit dem Firmeneinhaber angezündet zu haben. Bei der Untersuchung des Vorfalles wurden zahlreiche andere Straftaten des Verhafteten festgestellt. Wegen seiner originellen Betrugsmethoden stand er in der Vormoche vor dem Kreisgericht in Königgrätz. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall steht auch der Name Viskas. Das Gendarmeriekommando prüft nun das Entstehen von zwei früheren Bränden, die bei ihm unter verdächtigen Umständen ausgebrochen waren. Untersuchet wird auch weiter der verdächtige Brand bei der Firma Cerny in Stejska Přebuz bei Königgrätz, das der verhaftete Viska als Nebenbetrieb eignete.

ist die Umwandlung der Burg Hohstein symbolisch: sie bezeichnet auch das Ende der deutschen Jugendbewegung! Die Bewegung der Jugend erzwingt die Schaffung der Herbergen — die Jugendbewegung ist tot — es gibt nur noch militarisierte kasernierte Jugend auf der einen — gefangene Jugend auf der anderen Seite — da bedarf man keiner Herbergen mehr, nur noch der Kasernen und der Gefängnisse. Aber: ist auch jene allgemeine und ganz eigenartige deutsche Jugendbewegung tot, die mit dem Wandervogel begann — die Jugend der Arbeiterklasse ist nicht tot, sie ist nur eingekerkert — und nie noch war es möglich, Jugend für immer in den Kerker zu halten!

Künster Messetag in Prag. Der Messedonnerstag brachte in einer Reihe von Branchen sehr gutes Geschäft. Die Ansicht der Aussteller, daß nach Messen die anwesenden Interessenten die angeknüpften Verhandlungen zu Ende führen würden, hat sich als richtig erwiesen. Sehr erfreulich ist die Anwesenheit ausländischer Einkäufer, besonders aus den Nachbarstaaten und dem Balkan, so daß man immer mehr die Ueberzeugung gewinnt, daß nur die Einfuhrhindernisse das Auslandsgeschäft hemmen, sonst aber das Interesse für tschechoslowakische Waren aufrecht bliebe, was in den ausländischen Reiseanfragen und auch schon abgeschlossenen Exportverträgen seine Bestätigung findet.

Ein Unfall des Flugzeuges der Vidna-Gesellschaft. Das Mittwoch auf der Fahrt von Buzarest über Belgrad nach Paris infolge des herrschenden Sturmwindes 150 Kilometer südlich von Belgrad abgetrieben worden war und eine Notlandung hatte vornehmen müssen, hatte für die vier Passagiere des Flugzeuges ernste Folgen. Der Pilot und der Beobachter blieben unverletzt. Drei Reisende jedoch, unter ihnen Frau Lydia Ermos, die Gattin eines rumänischen Diplomaten erlitten schwere Verletzungen. Frau Ermos scheint sich eine schwere Kontusion an der Wirbelsäule zugezogen zu haben. Der vierte Passagier erlitt nur leichte Verletzungen. Die Bergungsdienste mußten zehn Stunden lang an der Unfallsstelle, einem Berg- hügel, bleiben die Hilfsaktion infolge des herrschenden Schneesturmes auf sehr große Schwierigkeiten stieß.

Selbstmord Paul Simmels. In seiner Charlottenburger Wohnung wurde gestern morgens der bekannte Karikaturist und Kunstmaler Paul Simmel tot aufgefunden. Man vermutet, daß er in einem Zustande fieslicher Depression Selbstmord begangen hat, indem er Schlafmittel in größerer Menge zu sich nahm.

Flieger-tod. Ein von Kapitän Ruffe gesteuertes Hydroavion überschlug sich beim Start in der Nähe von Rom und wurde vollkommen zerstört. Der Pilot und der an Bord befindliche Mechaniker Cesaretti fanden hierbei den Tod.

Einstein meidet Deutschland. Der berühmte Göttinger Professor Einstein hat, wie aus New-York berichtet wird, dort erklärt, daß er solange seinen Fuß nicht auf deutschen Boden setzen wolle, solange dort das jetzige Regime bestehen werde. Einstein will sich nach Belgien einschiffen.

Dreieckige Auszahlung. Die österreichische Regierung hat auf Grund des österreichischen Ermächtigungsgesetzes eine neue Veranlagung erlassen, die die Verteilung der Auszahlung der Eisenbahnerbezüge bis Ende 1933 festlegt.

Land unterm Hakenkreuz.

Bericht aus Schlesien.

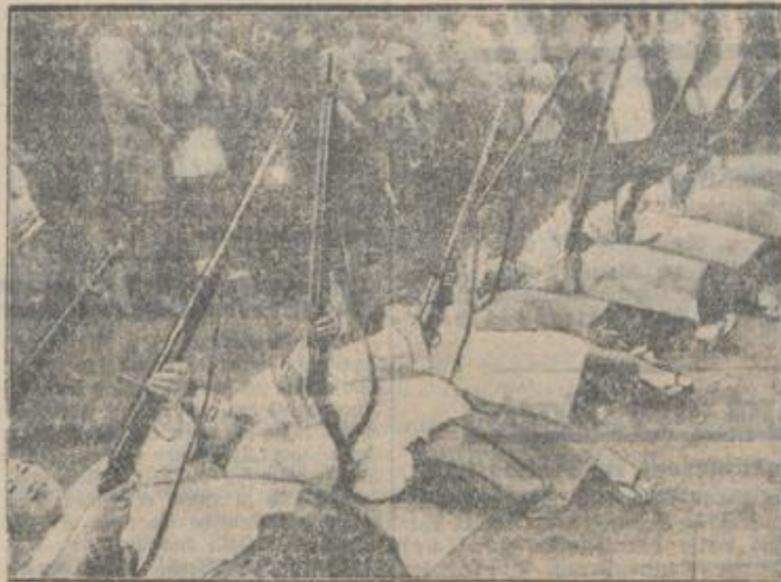
„Land unterm Kreuz“, so betitelte sich vor Jahren ein Propagandafilm, in dem man versuchte, Schlesiens Leiden unter den Polen aufständen der Nachkriegszeit darzustellen. Der Titel wurde zum geflügelten Wort der nationalen, antipolnischen Propaganda im östlichen Preußen, in der die Gewalttaten der Insurgenten, denen in Wirklichkeit durchaus gleichartige Aktionen und manch düstere Rememorandangelegenheiten des deutschen Selbstschutzes gegenüberstanden, entsprechend verwendet wurden.

Wenn nun in diesen Tagen das Organ des ober-schlesischen Zentrums, dessen vorsichtig-abwägende Art bekannt ist, sich festzustellen veranlaßt sah, daß niemals in jener turbulenten Zeit ein polnischer Insurgent es gewagt habe, gegen den bekannten Deutschtumsführer, Prälat Mlyka die Hand zu erheben, nun aber SA-Leute sich nicht scheuten, den Politiker im Priestergewande in einer großen öffentlichen Kundgebung von rückwärts mit Stahlruten niederzuschlagen, so ist der Zustand der vielgerühmten Ruhe und Ordnung im Deutschland der Gegenwart schlaglichtartig erleuchtet. Raum kommt man über die Grenze, so empfindet man bereits im äußeren Eindruck den unerhörten Druck des terroristischen Regimes, das über dem ganzen Lande lastet. Selbst das erzkatholische Oberschlesien wagt kaum zu atmen, niemand im Zug ein politisches Gespräch auch nur andeutungsweise anzuknüpfen. Ueberall sieht man die bewaffneten Hilfspolizisten, selten dagegen Zeitungen, denn die verbreitetsten Blätter sind laufend reibend verboten und die nationale Presse aber offenbar doch noch nicht Allgemeingut der katholischen Oberschlesier. Stärker als in Oberschlesien, dessen polnisches Nachbargebiet, die Wojwodschast Schlesiens fest gleichsam ein Boden politischer Freiheit, ein rechtsstaatliches Vorbild geworden ist, macht sich das neue Regime in Niederschlesien, dem Land der großen ostelbischen Lauffeldern bemerkbar. Das Hemmnis einer lähen, wenn auch nicht scharf umrissenen Opposition katholischer Volksteile fällt hier größtenteils weg. Deutschnationale und Nazi, beide noch vor Monaten erbitterte Gegner teilen sich trotz mancher kleinen Eifersüchtigkeiten unter der Vorherrschaft des Hakenkreuzes in die politische Gewalt.

Die große Flut des Erfolges, der erbarmungslose Terror gegen die zu wenig Anrechnungsfähigen erzeugt in vielen Kreisen die historische Bereitschaft, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen: selbst dort, wo wie bei der Schulpfänger, verheißte Erbitterung unter der undurchsichtigen Oberfläche stimmt. Bürgermeister unpolitischen Charakters, mitunter auch solche, die ehemals Anführer bei der Sozialdemokratie suchten, versuchen, sich loyal anzustellen, Arbeitsamtsangehörige wechseln sehr plötzlich die Organisation, den Eisenbahnern wird anheimgestellt, um die Ruhe und Ordnung nicht zu gefährden, die schwarz-rot-goldenen Kolorden abzugeben und jüdische Abendblätter bringen das Kunststück fertig, die Gewalttate der Hakenkreuzler noch mehr zu beschönigen als die nationale Presse. Die Zeit des diegemien Rückens ist angebrochen, während die braunen Banden des Fremdmörders Heines jeden mißliebigen Menschen terrorisieren, Marxisten oder jüdische Theaterdirektoren abgeholt und irgendwo vor der Stadt bestialisch mißhandelt und Breslauer Theater von einigen, bis dahin verkannten nationalsozialistischen und garantierte rentraffigen Künstlern in aufgenordete Regie genommen werden. Eine Statistik der Gewalttaten von annähernder Zuverlässigkeit gibt es nicht. Nur hier und da erzählt man von Mund zu Mund schreckensvolle Dinge. Da wurde der Dekanon des Semerschafshaus, Genosse Philipp, erschossen, sein Sohn erschossen, ein Arbeiter von den entmenschten Bestien verschleudert und ohne Kleider mit Gummihandschuhen traktiert, der er auf der Straße eine kleine Kommunistenbande mit Revolvern veranstandete oder in ein Kautschuklaboratorium eingeschoben, aus dem heraus die Assistentinnen bei dem Staatsgespräch angeblich protzieren hatten. Natürlich wurden die beiden Mädchen ebenfalls mißhandelt und das Laboratorium gründlich zerstört. Es gehört zu dem Wesen des Faschismus, den Gegner nicht nur zu vernichten, sondern darüber hinaus möglichst in seiner Menschlichkeit zu verlegen. Landgrabenpräsident Hint, ein hervorragender Anführer der Sozialdemokratie, wurde mit Waffengewalt gezwungen, der Aufhebung der Hakenkreuzlehre beizuwohnen, der Leiter des hiesigen Strahlenschutzdepots in Breslau, der sich geweigert hatte, die Fahne des Faschismus zu hissen, gar mit Gewalt gezwungen, den Helm zum Dillergut zu erheben.

Ein Gewerkschaftsführer, der dringend bitten zu einem Termin beim Arbeitsamt bedürftig, ließ sich bei dem Kommandanten der Besatzungstruppen, dem Gruppenführer Heines, melden. Heines mit dem unvermeidlichen Monokel und dem hysterisch perkassierten höhnischen Lächeln inquirierte ihn, ob er Sozialdemokrat sei. Als dies bejaht wird, erachtete die Anordnung: „Links und rechts in die Kreise, dann abführen.“ Natürlich wurde der Scheiß von den deutschen Schwerfesselschädigten Genossen geschlagen und ihm dann gefährt, die Alten zu holen. Es gibt keine Scham, keine Hemmung für dieses entsetzte Landstuchtrium, dessen höchste Befriedigung die feige und brutale Machtentfaltung einer bewaffneten Uebermacht ist.

Die Ruhe und Ordnung ist wieder hergestellt. Schweigen breitet sich auch über das ganze Land, niemand stört das Idyll in krochierter Verhandlung oder Erledigung Mißsiediger.



Militärische Frauenausbildung in Japan.

Wie unser Bild zeigt, werden in Japan sogar Frauen im Schießen ausgebildet. Hier üben sie sich im Flugzeugabwehrkampf.

Es ist ihnen nicht angenehm, wenn man die Wahrheit über Deutschland sagt.

Lügen und Drohungen.

Das offizielle Conti-Büro gibt nachsichende Epistel des Goering an das Ausland weiter:

Zu den immer wieder von gewissen ausländischen Kreisen verbreiteten falschen Gerüchten über Deutschland wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß die verantwortlichen Regierungskreise mit allem Nachdruck Maßnahmen gegen derartige Lügenmeldungen ergriffen haben und auch weiterhin ergreifen werden. Die deutschen Botschafter und Gesandten sind angewiesen worden, in jedem einzelnen Fall eine Demarche zu unternehmen. Wiederholt sind auch bei Vertretungen der betreffenden Länder in Berlin, deren Zeitungen derartige Nachrichten verbreiten, Vorstellungen erhoben worden. Weiter ist man entschlossen, auch Maßnahmen gegen die beteiligten Zeitungen selbst zu ergreifen und ihnen den Postechrit zu entziehen und außerdem auch gegen ihre hiesigen Vertreter vorzugehen.

Wenn im übrigen, wie es wiederholt in Neuherungen aus amerikanischen Kreisen zum Ausdruck gekommen ist, mit einem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland gedroht wird, so mögen die betreffenden Kreise sich vor Augen halten, daß Deutschland gerade gegenüber Amerika eine passivere Haltung hat, als viel mehr laßt, als verläßt und daß man sich demzufolge mit einem Wirtschaftskrieg ins eigene Fleisch schneiden würde. Außerdem dürfte man sich dann auch ruhig die Frage vorlegen, wie eine geordnete Regelung der privaten Schäden erfolgen sollte, wenn man wirklich einen Postkrieg gegen Deutschland verhängen wollte.

Aus all dem läßt sich nur erkennen, daß der Reichsregierung die Stimmung im Auslande, vor allem in dem maßgebend nicht von Sozialdemokraten beeinflussten Amerika unangenehm zu werden beginnt.

Ein Glück, daß Herr Koch ein Dienst-Auto besitzt.

Der deutsche Gesandte Dr. Koch hat in den letzten Tagen schon eine hübsche Reihe von Interventionen abfolviert, um die sozialdemokratische Presse zum Schweigen zu bringen. Auch gefehlt teils die Gesandtschaft mit:

Der deutsche Gesandte Dr. Koch hat heute

im Außenministerium abermals sehr scharfen Protest gegen die schwere Verunglimpfung des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsregierung erhoben, die die Gesandtschaft in den heutigen Veröffentlichungen des Blattes der tschechoslowakischen Sozialdemokratie „Pravo Lidu“ erblidete.

Wo ist Thälmann?

Berlin, 23. März. (Wolff.) Der Leiter der preussischen politischen Polizei gibt bekannt, daß russische Sender durch deutschsprachige Vorträge die Behauptung verbreiten lassen, der Kommunist Thälmann befinde sich in Rußland in Freiheit und nicht in deutscher Haft. Der Kommunist Thälmann befindet sich nach wie vor in Schubhaft, wo er sich entgegen allen Lügenmärchen körperlich völlig unbeschädigt bester Gesundheit erfreut.

Außerdem habe, worauf der Leiter der preussischen politischen Polizei noch besonders hinweist, der Reichskommissar für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Goering, zur Unterbindung der insbesondere von sozialdemokratischer Seite von außen her betriebenen Grenzpropaganda angeordnet, daß die in Betracht kommenden politischen Häftlinge demnächst den Vertretern der ausländischen Presse vorgeführt werden sollten, damit diese sich durch Augenschein von der Verlogenheit jener Grenzpropaganda überzeugen könnten.

Selbstverständlich — das sagt Herr Goering aber nicht — wird er sich „die in Betracht kommenden Häftlinge“ selbst aussuchen.

Vor einem Katholikenpogrom?

Berlin, 22. März. Die Disqualifizierung des der Dörschpartei angehörigen Abtes Schadeleiter durch den Vatikan hat in nationalsozialistischen Kreisen höchste Erregung erzeugt und wird als bewußter Affront des Papstes gegenüber der Regierung Hitler gewertet. — Man befürchtet allgemein den baldigen Ausbruch von Terrormaßnahmen der Hakenkreuzler gegen die katholische Bevölkerung der Reichsländer, wie wir hören, einem katholischen Kabinettsmitglied erklärt, er sei in diesem Falle anzuhaltend, die katholische Kirche und den katholischen Klerus zu schützen.

Preisdiatoren, die Vertragsbrüche provozieren.

Kavi alistische Moral.

Prag, 23. März. Die Prozet Generalvertreter der großen Gramophonfirmen hatten seitens einer gut kontrollierten Vereinbarung geschlossen, deren Zweck war, die Preise der Gramophonplatten in „Leitenden“ Höhe zu halten. Dergleichen „Arbeits-“ oder sogar die deutsche Ausbeutungsgemeinschaften nennt man im Wirtschaftsleben, wenn sie in größeren Maßstäben auftreten: Trust, Ring, Kartell usw. Der Zweck ist stets der gleiche. So sind wirtschaftlicher Miniaturdiatoren hatten sich also in Prag zu einem Treibband zusammenschließen und sich gegenseitig das Geldnis abgeteilt. Den Gramophonhändlern die Verpflichtung aufzuerlegen, in keinem Fall auf die Ware einen Nachlass zu gewähren oder eine kostenlose Pranggabe (Radeln u. dgl.) zu leisten. Der Händler, der gegen diese Abmachung verstoße, sollte eine Kontraventionsstrafe von 1000 K bezahlen. Zur Überstimmung mußte jeder Händler, bevor er überhaupt Ware bekam, einen auf Sicht zahlbaren Wechsel auf 1000 K unterschreiben. Den Händlern blieb angeduldet der Einheitsfront der Diktatoren nichts übrig, als ganz wie eine zum bösen Spiel zu machen, wenn sie überhaupt Ware bekommen wollten. Die sechs Diatoren heißen: John Paritopp (Arma „Deon“), Dago Buchs („Kobitas“), Emil Schmelle („Homoford“), Georg Konrad („His Masters Voice“), S. Hermann („Edon“) und

Diego Buchs („Parlophon“). Im Dezember 1931 kam eine junge Dame zu dem hiesigen Gramophonhändler Ernst Piferi, der natürlich auch einen solchen Vertrag hatte unterschreiben müssen und verlangte drei Parlophonplatten zum wie gesagt nicht unterbietenbaren Preis von 100 K. Dann erklärte sie aber, nur 70 K bei sich zu haben und bat den Händler, 5 K abzulassen. Dieser weigerte sich zunächst, ließ sich aber schließlich als galanter Mann zu dem Nachlass von 5 K herbei. Die junge Dame dankte gerührt und verließ das Geschäft und — am nächsten Tag präsentierte man dem überraschten Herrn Piferi einen Wechsel auf 1000 Kronen! Er hatte sich der Kontravention schuldig gemacht, indem er 5 K nachließ und die Käuferin war niemand anderer als die Schwester des Herrn Generalvertreter's Emil Schmelle's. Frau Marie Schmelle, die als agent provocateur den ahnungslosen Händler bereinigt hatte. Die Sache hatte ein gerichtliches Nachspiel und die 1000 K wurden zurückgezahlt. Aber die ganze Vereinbarung der lächerlichen Unternehmer mißfiel der Staatsobermacht und sie erließ sofort die sechs verurteilten Preisdiatoren die Auflage nach § 1 des Terrorgesetzes. Heute wurde dieser Fall vor dem Reichsgericht in Prag verhandelt. Es erfolgte Freispruch, denn die Sache ist verjährt. Was sehr zu bedauern ist.

Neugier regiert die Welt.

Spaß muß sein, sagt man, und es gibt eine Menge Leute, denen Karneval und 1. April nicht genügend Spielraum bieten, sondern die auch im Verlauf des Alltagslebens ihre kleinen oder großen Spässe in Szene setzen. Da hat kürzlich ein junger Mann eine Wette abgeschlossen, daß ein bestimmtes Haus in einer stillen Großstadtstraße binnen kurzem Mittelpunkt des allgemeinen Gesprächs werden würde. Die Wette wurde angenommen. Der Spatzvogel schrieb über tausend Briefe, deren jeder an irgend einen Geschäftsmann gerichtet war, und gab den Auftrag, an einem festgesetzten Tag Waren nach dem fraglichen Haus zu schicken. Er bestellte auch einen Geistlichen, einen Arzt, ja sogar einen Leichenwagen. Das Haus kam wirklich in aller Munde, die Wette war gewonnen, aber man nahm dem Mann den Spaß in weiten Kreisen mit Recht sehr übel.

Mit der Leichtgläubigkeit seiner Mitmenschen rechnete ein anderer Spatzvogel, der weitete, daß es ihm gelingen würde, ein großes Theater bis auf den letzten Platz zu füllen, nur indem er eine vollkommen unmögliche Vorstellung ankündigt. Er erstlich daraufhin die Anzeige, daß in einem bestimmten Theater ein Mensch auf der Bühne in eine Bierflasche kriechen würde. Das Theater war bis auf den letzten Platz besetzt. Als auf der Bühne nichts vor sich ging, artete der Spaß in eine allgemeine Prägelei aus.

Ein australischer Wipbold verfaßte einen Bericht über die Ankunft der ersten Menschen vom Monde auf der Erde. Er ließ diesen Bericht drucken und schickte ihn nach New York, wo die Zeitungen ihn ernst nahmen. Sie gingen sogar noch weiter als der Wipbold, denn sie beschrieben auch das tägliche Leben auf dem Mond und die Tiere und Pflanzen des Planeten.

Ueber den Begriff des Scherzes hinaus ging das Tun eines jungen Engländers, der behauptete, ein neues Schachspielzeug entdeckt zu haben. Dieses Stück hatte er selber geschrieben und keine Sache so gut gemacht, daß das Werk sehr bald in einem bedeutenden Theater herausgebracht wurde: Die Literaturwissenschaftler stellten dann die Fälschung fest. In die Reihe der Alltagswipbolds gehört sicherlich auch Dr. Cool mit seiner angeblichen Entdeckung des Nordpols. Er ließ sich feiern und mit Ehren und Büchern überhäufeln, bis dann aufgedeckt wurde, daß die ganze Entdeckung Schwindel war.

Einen lustigen Scherz machte der englische Dichter Swinburne, der für eine englische Zeitung regelmäßig Beiträge lieferte. Eines Tages erzählte ihm ein anderer Mitarbeiter, daß der Redakteur Swinburnes Manuskripte niemals lese, weil seine Schrift so schlecht sei, sondern daß er sie immer gleich in die Schere gäbe. Darauf baute Swinburne seinen Scherz auf. In den nächsten Tagen erschien ein Artikel von ihm über zwei französische Dichter namens Cosu und Clouet. Niemand hatte jemals etwas von diesen Dichtern gehört, und das war auch ganz unmöglich, denn sie waren nur Swinburnes Phantasie entsprungen.

Geschmacklos sind „Scherz“, die sich alberne Menschen erlauben, wenn sie zum Beispiel einer Wohlhabendeinrichtung einen Scherz über eine große Summe übersenden. Natürlich ist die Freude über die freigebige Hilfe allgemein, bis sich dann zeigt, daß dieser Scherz nur ein vollkommen wertloses Stück Papier ist. Verwerflich sind auch alle jene, die etwa telephonisch von dem Anfall eines abwesenden Familienmitglieds Mitteilung machen, und das kommt bedauerlich häufig vor, obwohl man eine solche Robert eigentlich kaum für möglich halten sollte. Um aber die „Alltagscherz“ nicht gar zu trübe auslingen zu lassen, soll hier noch ein kleiner Spaß erzählt werden, den sich ein bekannter Dichter leistete. Er war zu einem internationalen Schriftstellertag in Kopenhagen anwesend und fand hier, wie alle Teilnehmer, ein Los unter seinem Teller. Die Ziehung fand am nächsten Tage statt, und während die Herren nach dem Diner gemächlich beim Wodka beisammenliefen, wurde das Ergebnis verkündet. Die Nummer, auf die der Hauptgewinn, ein Biergespann, gefallen, wurde ausgerufen. Unser Dichter sprang elektrisiert auf. „Donnerwetter! Donnerwetter!“ rief er. Sofort wurden die Umstehenden aufmerksam. „Hast du es gewonnen? Ist das deine Nummer?“ — „Donnerwetter! Donnerwetter!“ wiederholte unser Dichter nur immer — sein Glück hatte ihm die Sprache verschlagen. Natürlich gab es allgemeine freudigste Erregung. Alles umdrängte ihn, vier begeisterte Teilnehmer hoben ihn auf die Schulter und trugen ihn im Triumph durch den Saal. Journalisten drängten sich heran, um ihn zu zeichnen. Schließlich kam ein Herr vom Komitee und bat um Ausständigung des Loses. Unser Dichter gab das Los hin. „Aber das ist ja gar nicht die richtige Nummer“, sagte der Herr. „Das habe ich ja auch gar nicht gesagt“, — lachte der Dichter. Man kann sich den allgemeinen Jubel leicht vorstellen. Da meldete sich einer von den Herren, die ihn getragen hatten. Es war ein französischer Journalist. Die vier Pferde haben Sie freilich nicht gewonnen“, lachte er, „aber Sie haben wenigstens vier Hefel gefunden, die Sie getragen haben.“ Kurt Lanzer

